

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Täglich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. Februar 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Lohneinlagen 20 Pf., die fünfgepaltene Seite; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameeinlagen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 23

Des nächsten Heftes wegen erscheint die nächste Nummer (24) erst am Sonnabend, den 28. Februar.

**Neubestellungen** auf den „Korr.“ sind zu jedem Monatsersten zulässig + nur Postbezug + Erg. Erhöhung des alten Abonnementspreis von 22 Pf. monatlich, 44 Pf. zweimonatlich, 65 Pf. vierteljährlich. Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postanstalt!

### Prinzipalität — Gehilfenschaft

(Schluß.)

In einer Bekanntmachung des Hauptvorstandes der Prinzipalorganisation von Mitte Februar wird unter Anführung der außergewöhnlichen Preissteigerung für alle Materialien und Unkosten allein in den letzten Wochen auch die sehr erhebliche Erhöhung der Lohnzulagen durch Brot- und Kartoffelverteuerungen ins Feld geführt. Daß wie bei allen Gewährungs an die Gehilfenschaft usw. mit dieser Bewertung auch wieder zu hoch gegriffen wird, möchten wir nicht unbedingt lassen.

Was haben nun diese 5 und 10 Mk. alles ausgekostet! Wenn man alles überblickt, was die „Zeitschrift“ vom 20. Februar erst lobend erweiternd möglich macht, dann kann einen stärkster Optimismus befallen, ob aus der Hinsicht, lebenden erbarmungslosen Schlacht der internationalen Volksherrscher und der nationalen Weltmarktpreisereberer gegen das drangalierte Volk die ganz unausbleiblichen bitterbösen Folgeerscheinungen auch für die Arbeiterchaft des Buchdruckgewerbes bei der Tarifausschubung in den allernächsten Tagen besser als sonst überdacht und materiell richtiger ausmessend gewürdigt werden. Wir haben keine große Hoffnung in dieser Beziehung, dafür aber den Trost, daß jetzt auch die Regierung einzusehen beginnt, ihrerseits Hilfswege einzuschlagen anstatt der niederwärtigen Steuerungsmaßnahmen. Es empfiehlt sich, in dieser Nummer den volkswirtschaftlichen Teil (Beilage) zu lesen, der für die Prinzipale nicht minder Interesse beanspruchen dürfte. Denn daß viele von ihnen eine Scheuklappenpolitik betreiben wie unter Oppositionellen aus entgegengesetzter Richtung, unterliegt bei uns keinem Zweifel.

Man sandte uns dieser Tage die Weimarerische Landeszeitung „Deutschland“ darin ist aus Ruha vom 13. Februar folgendes zu lesen:

Neuerliche Lohnbewegungen in der hiesigen Metallindustrie sind zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in überraschender Weise erledigt worden. Die Arbeitnehmer bedauerten, im Hinblick auf die Preissteigerungen für die wichtigsten Lebensmittel wider Willen neue Forderungen stellen zu müssen. Die Arbeitgeber erklärten ihr volles Verständnis für die Lage ihrer Arbeiter und bewilligten den Arbeitnehmern noch 25 Proz. mehr, als diese gefordert hatten, da letztere mit dem, was sie verlangten, unmöglich auskommen könnten. Es ist zu bedauern, daß nicht nähere Zifferangaben gemacht sind. Immerhin ist eine um 25 Proz. über die Forderungen hinausgehende Bewilligung ein Novum; die Metallarbeiter in Ruha können doch bisher nicht zu Friedenslöhnen gearbeitet haben.

Neben dem kleinen Ruha können wir das größere Kottbus mit einem Fall aus der Textilindustrie anführen, der auch bemerkenswert ist. Es läuft dort ein Tarif. Die Unternehmer wollten deshalb nur 1,50 Mk. pro Familienmitglied Kartoffel- und Brotzulage gewähren. Sie ließen sich aber von den ganz außerordentlichen Verhältnissen überzeugen, gingen von ihren grundsätzlichen Bedenken ab und vereinbarten in friedlicher Verständigung Aufschläge von 20, 25, 30 und 55 Proz. Alle über 20 Jahre alten Arbeiter erhalten den Vorschlag, was nicht unbeachtlich ist. Von der dritten Januarwoche an wurden die neuen Erhöhungen ausbezahlt, für die ersten beiden verblieb es bei dem Satze der Zentralarbeitsgemeinschaft.

In andern Gewerben und Industrien kam es in Anbetracht der Preisrevolution auch vielfach zu Bewilligungen

unterschiedlicher Art; verschiedentlich freilich hängt die Brot- und Kartoffelzulage noch in der Luft.

Wir müssen unsern Prinzipalen die Lohnaufschlags-erhöhung am 1. Februar allerdings zugute halten, dabei aber wiederum betonen, daß die Großdruckorte davon nicht betroffen wurden. Es ist auch hier und da zu höheren Bewilligungen gekommen als zu 5 und 10 Mk. Direkt zu nennen ist uns aber nur Stuttgart mäßig. Im allgemeinen hat die Prinzipalität die Preisrevolution nur für sich gemerkt: beim Papier, mit den Farben, Kohlen usw. Demzufolge auch der außerordentliche Schritt mit vorzeitiger Preissteigerung, die wir angesichts solcher Sturzwellen ja nicht für unmöglich halten, uns aber auch nicht nur einseitig denken können.

In der neuesten Nummer der „Zeitschrift“ werden zwei Zuschriften veröffentlicht, die mit manchem uns von Gehilfenleite Zugedenken die Wege halten an Unvernunft. Der eine Kritiker meint sogar, die Brotzulage müßte herabgesetzt werden, da jetzt doch die Ration verringert sei. Der andre Prinzipal spricht von einer Vergewaltigung der Prinzipalität und nennt die rückwirkende Kraft der 5 und 10 Mk. den „Spiegel der Ungerechtigkeit und Ungeheuerlichkeit“; es würde das zum „Ruin zahlreicher Betriebe“ führen. Das sind zwei aufgeregte Prinzipale aus der tieferen Provinz, die von des Lebens Nöten innerhalb der Stadtmauern nicht viel wissen.

Es hat aber noch in ganz andern Kreisen gewettert. Die Vorstandschäft des Kreises Bayern vom Deutschen Buchdruckervereine hat in ihr „Mitteilungsorgan“ Lernabau wegen der Brot- und Kartoffelzulage geäußert, daß man annehmen könnte, mit Bayern könnte es in der Ernährung noch so günstig, wie man es eben traditionell weiß, obwohl vor elflichen Wochen viel durch die Presse ging über den dicht bevorstehenden Ernährungszusammenbruch in der blauweißen Republik. Es werden Ausrechnungen vorgenommen und dann kommt zur „Feststellung“:

Mithin würde die neue Steuerungsulage nicht nur das Vielfache der eingetragenen tatsächlichen Verteuerung ausgleichen, sondern diese Zulagen würden den ganzen Preis der betreffenden Lebensmittel decken und weit übersteigen.

Da man bis dahin ansehend sich geschummert hatte, nichts gewußt hat von dem Weidnachtsgeschenk der Zentralarbeitsgemeinschaft, so war der Deckersturz nun um so geräuschvoller. Mit lakonischem Schneid heißt es über die Erregung in Bayern:

daß es nur noch eines kleinen Anstoßes bedarf, um die Laitsche hervorzuheben, daß die bayerischen Buchdruckerbetriebe wie ein Mann aus der Tarifgemeinschaft und dem DVB. austreten, da sie nicht länger gewillt sind, sich Beschlüssen zu unterwerfen, die nicht auf tariflicher Basis beruhen.

Die neubayerische Hilfe wird sich bald wieder gelegt haben, doch ist man mit der Durchführung der Kartoffelgrochen dort noch im Rückstande, wie uns ein Kollege aus Lindenberg (Allgäu) dieser Tage schrieb, der auch anführen konnte, daß in diesem kleinen Neste die andern Berufsarbeiter einen um 80 Pf. höheren Stundenlohn haben. Das Tarifamt solle erst für Deckung sorgen, wird den Gehilfen dort erklärt. Man hat also von dem Charakter dieser Nebenulage gar keine Ahnung.

In andern Landstrichen ist man auch aus dem Häuschen geraten über diese doch für alle Unternehmerkreise geltende Regelung. Die Berliner Prinzipalität hat am 11. Februar aus Schwärze zunächst gegen die Zentralarbeitsgemeinschaft Stellung genommen, die gar keine Befugnis habe zu solchen Maßnahmen. (Die im Unternehmerinteresse gelegenen sind natürlich hemmungslos gestattet.) Die Tarifgemeinschaft werde bei Wiederholung solcher Vorgänge aufs äußerste gefährdet. Am entschiedensten wandten sich die Berliner Prinzipale gegen die rückwirkende Kraft solcher oder ähnlicher Beschlüsse, weil deren materielle Seite nie wieder von den Auftraggebern einzubringen sei.

Wo man nicht solchen Värm schlug, hat man doch irgend etwas getan, um zu zeigen, daß Einverständnis die Brot- und Kartoffelzulager nicht gefunden haben. In Chemnitz wurden bei der Lohnzahlung Festel ausgehängt, wonach

bei einer Neuordnung der Lohnverhältnisse Anrechnung stattfinden werde. In Leipzig hielt man auf dem Sirkularwege hochnotpeinliche Anfrage, ob Zahlung schon gefordert sei, obgleich die Bekanntmachung in der „Zeitschrift“ noch nicht erfolgt war, und auch ob für den Fall der Nichtauszahlung passive Resistenzen angedroht wurde. Nachdem ist in Leipzig alles glatt gegangen.

Der Prinzipalvorsitzende des Tarifamts hat mit seiner jetzt in der „Zeitschrift“ gegebenen Darstellung, wie das Tarifamt die Angelegenheit regelt in die Hand genommen habe, wobei auch die Zentralarbeitsgemeinschaft erklärt, daß sie in die Tarifverträge unbefugt eingriff, wohl die Sturmbeschwörung zu Ende geführt.

Der Kieler Fall ist eigenartig gelagert. Der Demobilisierungsausschuss hatte auf Antrag der Gewerkschaften und nach Anhörung der Unternehmerverbände für den Demobilisierungsbereich Kiel am 21. Januar angeordnet, daß in Anbetracht der plötzlich eingetretenen erheblichen Steigerung der Teuerung, die Gewährung einer außerordentlichen Teuerungszulage für die Arbeitnehmer zur Erhaltung eines geordneten und ruhigen Wirtschaftslebens in Groß-Kiel unumgänglich ist und von der nachfolgenden Lohnwoche an unbeschadet der bestehenden Tarife und Teuerungszulagen eine besondere Zulage von 20 bis 50 Pf. pro Stunde zu zahlen sei. Erhöhung seit dem 31. Dezember 1919 sollten Anrechnung finden. Die Unternehmerchaft von Kiel und Umgegend kam dieser behördlichen Anordnung nach, nur die im Buchdruckgewerbe nicht. Es kam darauf zum allgemeinen Streik der Arbeiterchaft des Buchdrucks, nachdem zweimal besondere Verhandlungen stattgefunden hatten, die Prinzipale aber ablehnten unter Hinweis auf den Beschluß des Tarifauschusses vom Dezember, daß außer friedlicher Verständigung nichts unterommen werden dürfe zur Durchsetzung höherer Löhne bis April 1920; sie legten das Vorgehen der Gehilfen sogar als Tarifbruch aus. Es ist von den Organisations- und Tarif-funktionären alles getan worden zur Beilegung des Konflikts. Die Prinzipalität aber hätte ihn beinahe noch ausgedehnt durch Gegenmaßnahmen im ganzen Tarifkreise; auch von ihrer Organisationsleitung hat es nicht an Notizen gefehlt, die in diesem Falle denn doch deplaciert waren, weil von einem Tarifbruche keine Rede sein konnte, ebensowenig das für andre Gewerbe zugeflossen hätte. Nach einiger Dauer des Streiks erfolgte dann Einigung unter Einrechnung der Brot- und Kartoffelzulage; ein nachfolgendes Gesänd in den Zeitungen wurde von Prinzipalseite begonnen. Man wird die Maßnahmen des Kieler Demobilisierungsausschusses in einer Beziehung nicht ganz richtig finden, obwohl dieses vom Reichsarbeitsministerium gedeckt sein soll, weil es die zeitlichen Interdependenzen der bestehenden Tarife ganz außer Betracht läßt und dadurch auch für die Arbeiter Inzuträglichkeiten entstehen können, aber den Prinzipalstreit, den die Kieler Prinzipale daraus gemacht haben, hätten sie sich wirklich sparen können, denn sonst wäre ja gegen die plötzliche Druckpresserhöhung mit den gleichen Argumenten von Gehilfenleite anzukämpfen. Ihr Stand aber zur Seite, daß eine Behörde mit weitgehenden Befugnissen die anordnende Stelle war.

Unter unsern Prinzipalen ist der Sinn für das Prinzip überhaupt stark ausgeprägt. Eine in den Geraer Blättern zu Anfang Januar geübte „anregende Aussprache“ mit der Gehilfenleite über nachabmenswerte Beispiele durch Gewährung von Sonderauszahlungen an Druckerpersonal war auch so eine Erbaulichkeit.

Im „Nilsch“ konnte man kürzlich ebenfalls kein blaues Wunder erleben. Da anoncierte eine schon seit fast 100 Jahren bestehende Firma, sie wolle die Gesamteinrichtung in das Ausland verkaufen „infolge der durch die ungeheuren Preissteigerungen und der maßlosen Ansprüche der Arbeiter eingetretenen Unwirtschaftlichkeit“. Der Sachverhalt ist aber der, daß einfach ein Valutageschäft gemacht werden soll, wie das jetzt schon häufig im Schwange ist auch bei uns. Zur Verdrämung muß aber eine Erfindung herhalten, nämlich die mit den „maßlosen Ansprüchen“. In der gleichen Nummer zeigt der technische Keller eines großen Betriebes an, daß er „die

verantwortungsvolle, verantwortungsfähige und nicht aufsprechend honorierte Tätigkeit auf leitendem Posten mit einer Stelle als erster Maschinenschreiber beauftragt werden möchte. Das paßt gar nicht zusammen!

Wenn man alles so vorübergehen läßt und auch die für die Prinzipale und Zeitungsverleger bestehenden, unerschütterlichen großen Schwierigkeiten wohl berücksichtigt, auf die wir leider doch nicht eingehen können vor der Tarifauschussprüfung, dann macht das Verhalten der Unternehmer in Ruhe und Stillstand noch einen viel freundlicheren Eindruck. In Leipzig hat der Prinzipalvertreter in seiner bereits erwähnten Umfrage jetzt aber von den Firmen wissen wollen:

Wollen Sie bei einem Schwärzen der Tarifverhandlungen, alle Konsequenzen kollektial mit der Allgemeinheit tragen?

Wie denken Sie über eine tariflose Zeit? Würden Sie einen Teil Ihres Betriebes aufrechterhalten können, oder müßten Sie den ganzen Betrieb schließen?

Sind Sie dafür, daß unser Kreisvertreter gegen jede weitere Lohnherabsetzung stimmt und rückwirkende Festsetzungen strikt ablehnt?

Es ist nur eine Befragung, die aber spricht Bände! Dabei haben fragten die Leipziger Zeitungsverleger Bezugspreissteigerung um 50 Proz. und Anzeigenpreissteigerung um 25 Proz. beschloßen.

Wir wollen den Prinzipale hier nichts mehr vorrechnen, es wird sich ihnen weniger zeigen, ob denn alle Schlagwörter an ihnen unedelmütig vorbeigehen. Leipzig ist ja nicht Deutschland, wie das auch von der Leipziger Opposition in der Gefühlschiff gilt. Die Gefühlschiffe werden wieder keinen leichten Stand haben, durch die üblichen Vorzeichen zumal nicht, der Leipziger Fragebogen aber wird ihnen die Situation nicht erschweren!

## □ □ Zur Tarifauschussprüfung □ □

**Einige Gesichtspunkte für uns und die Prinzipale**  
Daß wir Buchdrucker als „Pioniere der Arbeiter“, als diejenigen, die mehr Geistes- als Maschinenarbeit verrichten, so niedrig entlohnt werden, ist unangenehm, nicht etwa, weil wir es selbst fühlen, sondern weil uns dieses auch von andern Berufen vorgeworfen wird.

Bei dem Tarifauschussberatungen ist den Prinzipale dies alles und noch mehr zu Gemüte geführt worden. So, man hat am liebsten Material aufsuchen lassen, wonach so und so viel als Existenzminimum anzunehmen ist. Aber es hat alles nichts gebohrt. Die Lohnsätze sind immer noch zu niedrig geblieben.

Wir fragen uns: Ist die Bezahlung so gering, dann wird auch das Rechtsbewußtsein der Arbeiterkräfte schwinden und die Arbeitslust ebenfalls. Ist es da vernünftig, wenn z. B. ein Familienvater allen Ernstes darüber nachdenkt, was er für seine Familie klein hält? Wagt nicht in diesem Moment allein schon eine ernsthafte, ständige Gefahr? Ist es nicht wiederum eine Schande, wenn man, um den Verbleib zu haben, alle Räume vermieten muß, um zu Geld zu kommen? Soll das noch Familienleben bedeuten oder nur eine Art von Kasernenleben, wo auch alle Arten Menschen beieinander wohnen müssen?

Und wie sieht es mit der Gönner? Kann eine Hausfrau noch ihre Mäde, die Unterwäsche der Familie überhaupt ergänzen, wenn die Textilien einfach wohnung in Preise steigen? Wenn die Kollegen ein vierstündiges Haus in einer Kleinstadt haben, mag es hoch erscheinen, würde es im Gebirge stehen, könnte man glauben, daß es wenig ist im Verhältnis zu den Bergen. Genau so der Verdienst. Die schäblich hohe Lohnkala der Buchdrucker verhält sich angesichts der Höhenkurve, die die allgemeinen Konsumtionsartikel usw. genommen haben.

Allen Kollegen geht es so. Auch unser allgemeines Leben ist nur noch ein Vegetieren. Von Selbstkosten abomieren, Bücher kaufen, Reisen und Wanderungen macht ist gar keine Spur mehr. Das Wort „Waise“ wird zur Katapult. Mit welchen Mitteln müßte heute dafür gerechnet werden? Alle Beiträge auf ein menschenwürdiges Dasein gehen in die Brüche.

So, wir wollen noch weiter gehen. Wer heutzutage noch einen festen Charakter hat, und wer nicht im Geldzug einen erbitterten Kuckuck bekommen hat, der mag etwa noch als ehrlicher Arbeiter sich durch die Welt schlagen. Aber andere, die vielleicht obendrein noch radikal gefärbt sind, bei denen ist das Rechtsbewußtsein so verschwommen, daß man in früheren Zeiten gelang hätte, diese Leute ziehen die Straße zum Lumpenproletariat.

Was allen diesen Momenten heraus ist das Kapital geworden, den Arbeiter zu stellen, daß die Verteilung zum Besten des sogenannten Unterbewußtseins nicht gegeben ist.

Die Frage, ob heutzutage eine Buchdruckerfamilie mit dem tariflichen Lohn auskommen kann, ist glatt zu verneinen. Die Grabenwörter im Sausbau und in untrer Garderobe ist erledigt, wir stehen vor dem grauenhaften Nichts trotz allen Arbeitens. Aber wenn alles zusammenbrechen würde, leben müßten wir doch!

Wenn die Prinzipale keine Einsicht haben, so werden sie erleben, daß allsorten der Tarif darinnen durchbrochen wird, daß wir von einer gewerblichen Anarchie sprechen können. Denn wenn einmal die Not aus höchste steigt, dann kann es leicht möglich sein, daß auch ein alter, ausgebildeter Tarif als „Reben Papier“ behandelt wird.

Es liegt an der Einsicht der Prinzipale, ob es dahin kommen soll, auch wenn es ihnen selbst sehr schwer werden wird. Soll der Buchdrucker eine anständige Existenz erhalten, sollen in Zukunft die Gesetze der Moral und Ethik in bezug auf Leben und Lebenslagen hochgehalten werden, so möge man mehr Kraft machen und uns den Lohn geben, der uns abhält, auf Wege zu geraten, die bis heute noch jeder anständige Mensch von sich weisen mußte.

Urfen bei Hamburg. Rudolf Schumacher.

## Prinzipalsdiplomatie

Im Streit der Meinungen wird am Beratungstische von den Prinzipalsvertretern gern bemerkt, nicht sogenannte Spitzensätze dürften maßgebend sein bei der Beurteilung des Lohnniveaus. Hierzu ein typisches Beispiel: Wir Buchdrucker im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, wo das Minimum als Maximum vorbestimmt, eingangs in die vorbereitende Wirtschaftsform und Arbeiterklassen: Berg- und Fabrikarbeiten. Nach in aller Erinnerung ist uns, wie unser Minimum mit seinen „Teuerungszulagen“ den Lohnkampf aufnehmen müßte mit den für untre Buchdruckerbegriffe so horrenden Millionenarbeiterlöhnen! Ähnlich liegt die heutige Wirtschaftsform dieses Bezirks wie auch anderwärts. Zwischen dem Bergarbeiter (Bauer) schließt Lohn von 30 bis 36 Mk. Bewegung sich wohl als keiner Punkt auf unterster Stufe unser Buchdruckerminimum, bis es am 8. Dezember einen kleinen Sprung nach oben machen konnte, und von hier schließlich die Höhe der anderen Löhne besonders kann, bis auch untre Prinzipale aufwachen. Ist das eine Spitzenlohnpolitik, wenn wir, eingangs in vorbereitende andre Arbeiterkreise, auch nach Licht und Sonne streben?

Bedeutende Verbesserungen, auch für Nacht- und Überarbeit, sollte nach dem Schlussprotokoll das Ergebnis der letzten Tarifauschussprüfung gewesen sein. Versuchen wir die Ausschläge für Nacharbeit! Früher 15 bis 25 Proz. auf den Gesamtlohn, jetzt die prozentualen Stundenzuschläge — eine direkte Verschlechterung schon bei nächstguter Betrachtung. Nach der neuen Buchstabenberechnung des Entzils würde somit ein erhöhter früherer Nachschuß abgezogen werden müssen, ein neuer, vermindertes Nachschußschlag zur Berechnung kommen, so daß in vielen Fällen durch diese Berechnungsweise die Kollegen noch nicht einmal in den Genuss der ihnen tariflich zugesicherten Teuerungszulage kommen.

Dagegen stellt die Entschädigung für Sonntagsarbeit eine wesentliche Verbesserung dar. Soll mit diesen Bestimmungen nicht ein wirtschaftlicher Diplomatenrick der Prinzipalsvertreter den Sieg erringen haben? Unbestreitbar besteht die Tatsache, daß in Zeitungsbetrieben, und hier bei Doppelschichten, der Abschaffung der Nacharbeit ganz beherrschende Schwierigkeiten entgegenstehen und nur eine Verbesserung dieser Arbeitszeiten eintreten könnte. Der Sonntagsarbeit dagegen sind nur auf Gehilfenstellen die größten Feinde entstanden. Wenn bis jetzt die Beibrückung zur Beteiligung der Sonntagsarbeit nicht einmütig unterstellt wurden, so fiel bei vielen Kollegen der finanzielle Nachteil ins Gewicht. Das hat den Prinzipalen Veranlassung gegeben, die Entschädigung für Sonntagsarbeit noch zu erhöhen, um die Bestrebungen zur Beteiligung derselben zu verhindern; denn in der heutigen Zeit des Materialismus wird der materielle Vorteil für die Kollegenpolitik immer im Vordergrund stehen. Umste Gegenstände hat zweifaches mit einem Schläge erreichen wollen; die Gegenkraft gegen die Sonntagsarbeit zu vernichten, ohne einen finanziellen Nachteil zu erleiden, indem die Sonntagszuschläge erhöht, die Nachschußschläge vermindert wurden.

Gehilfenvertreter, also die Augen auf und schärft das Ohr, damit diesmal nicht die Prinzipalsdiplomatie, sondern die curiae das Feld behauptet.

Welfenkirchen.

H. L.

## Öhrere Teuerung — Höhere Teuerungszulagen!

Obwohl untre letzte Teuerungszulage bis 31. März vorgelesen war, macht sich durch die ungeheure Preissteigerung sämtlicher Lebensartikel ein früherer Zulagenartikel des Tarifauschusses erforderlich. Trotzdem ist es jetzt schon wieder etwas zu spät, denn die meisten andern Berufs- und andern Arbeiter haben bedeutende Lohnherabsetzung seit Januar oder Februar 1920 erhalten. Für die nächste Zulagenankunft des Tarifauschusses möchte ich den Gehilfenvertreter aus Herz legen, sich diesmal nicht wieder mit einer Teuerungszulage von etwa 20 oder 30 Mk., und diese womöglich noch einmal gestaffelt, zu begnügen. In der Lohnfrage lassen uns jetzt die meisten Arbeiter weit hinter sich zurück.

Wir wären vielleicht schon zufrieden, wenn wir uns in bezug auf Entlohnung den einfachsten Situationsarbeitern gleichstellen könnten. Diese haben wenigstens für die Weiterbildung keine Ausgaben mehr, die doch bei uns ganz hübsche Pöcher in den Geldbeutel reiben. Von den andern Medrassgaben, die wir noch haben, soll gar nicht die Rede sein.

Würde es denn den Prinzipale so schwer fallen, die Preise für Druckladen derartig zu erhöhen, damit sie uns so entlohnem könnten, daß wir ein menschenwürdiges Leben zu führen imstande wären? Nach dem heutigen Minimum ist dies nicht der Fall! Jedenfalls liegt gewiß, daß bei solchen Löhnen die Arbeitsfreudigkeit und Schaffenslust der Kollegen nicht gehoben wird.

Also, Gehilfenvertreter, rednet es den Herren Prinzipale haarscharf vor, wenn sie so mit Blindheit geschlagen sind, daß sie untre krautige Lage nicht übersehen können, wie mit untre Lohn auskommen ist.

Klingenberg-Brunnhöra.

Q. L.

## Aus der Rheinpfalz

In Anbetracht der Wünsche aus dem neuen Saarstaat seien auch die maßgebenden Stellen auf die Verhältnisse in der Rheinpfalz hingewiesen. Daß auch hier nicht Milch und Honig fließen, hat der bayerische Landtag in einem Beschlusse dokumentiert, der den bayerischen Beamten und Staatsarbeitern in der Rheinpfalz, „in Anbetracht der außergewöhnlichen Teuerungverhältnisse“ ab 1. Januar 1920 einen Zuschuß von jährlich 1200 Mk., zahlbar in monatlichen Raten zu 100 Mk., zuspricht. Hiermit ist amtlich anerkannt, daß in der Rheinpfalz die Teuerungverhältnisse im Gegensatz zu dem Deutschland rechts des Rheines ganz abnorme sind. Auch hier hat man unter dem niedrigen Baufußland untre Markt schwer zu leiden, indem gerade die an der eisabholringlichen Grenz liegenden Städte von Benutzern aus dem benachbarten Elsaß geradezu überflutet werden, die hier ihre Einkäufe besorgen. Tagtäglich kann man ganze Prozessionen von Elsaßern beobachten, die, mit deutschen Waren aller Art schwer beladen, dem Bahnhofe zustreben. Hauptächlich kommt hier das Städtchen Landau in Betracht, das als Sitz der Teuerungsbefehde der Rheinpfalz außerdem noch in Mitleidenchaft gezogen wird durch die große Befragung.

Daß dadurch im Verhältnis zu andern Orten im Deutschen Reich die Wohnungsnot eine noch viel größere ist und in Zusammenhang damit die Steigerung der Mieten, unterliegt wohl keinem Zweifel. Der bayerische Landtag beschließt sich in nächster Zeit mit einer Neueinteilung der Serisklassen, und hierzu liegt der Antrag vor, die sämtlichen größeren Städte der Pfalz in die Klasse A zu versetzen, während die übrigen Orte in die Klasse B aufgenommen werden sollen. Daß dieser Antrag zum Beschluß erhoben wird, ist so gut wie sicher.

Wenn auch auf die Preise der einzelnen Lebensmittel nicht näher eingegangen werden soll, so sei aber doch angeführt, daß sie durchweg höher sind als im unbefreiten Deutschland. Da aber andererseits von selten der pfälzlichen Kollegenschaft nicht dem Wunsch Ausdruck gegeben werden kann, daß speziell für die Rheinpfalz eine besondere Zulage in Betracht kommen könnte, so wäre es doch angebracht, wenn die pfälzlichen Druckorte in die auch vom Tarifauschuss anzuerkennenden Serisklassen aufgenommen würden, wie sie vom bayerischen Landtag festgestellt werden.

Landau (Pfalz).

## Zur Ferienfrage

In treffender Weise gab in Nr. 20 des „Korr.“ der Kollege aus Bamberg in nur wenigen Zeilen zu verstehen, daß bei der Ende dieses Monats stattfindenden Tarifauschussprüfung eine ganz wesentliche Abänderung in der Urlaubsgewährung vorgenommen werden muß. Und dieses mit vollem Recht. Ich möchte zu dieser Sache, noch folgenbes hinzufragen: Als während des letzten Sommers für uns Buchdrucker mit Ich und Strach endlich die Ferien Allgemeinut wurden und tarifliche Gesetzeskraft erhielten, da wurde auch gleich auf eintretende Ungerechtigkeiten hingewiesen. Alle Kollegen, die zwei oder drei Jahre oder so ungelähr, ich habe die Anzahl der Jahre nur beliebig herausgegriffen, um nur leile Rückschlüsse zu zeigen, sollten doch Ruhetage des vollen Urlaubs werden. Haben sich Kollegen in diesem Zeitraum in einem Geschäftsbereich bewährt, dann muß ihnen auch volle Gleichberechtigung in dieser Angelegenheit gesichert werden. Die Ferien fallen in die schönste Sommerzeit, die Zeit, die man in Buchdruckerkreisen die Sauregurkenzeit nennt. Wer möchte wohl das Gegenteil behaupten, wenn ich sage, und das trifft besonders in den Provinzdruckereien zu, in 90 von 100 Fällen ist das gedachte Ziel, während der Ferienzeit stellungslosen Kollegen Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen, doch nicht erreicht worden. Hier müssen die im Geschäftsalter jüngeren (in Wirklichkeit oftmals ungelähr) Kollegen mit für die älteren eintreten, möge also im ungekehrten Fall auch das gleiche Verhältnis eintreten. Also weg mit der Stafflung auch in der Ferienfrage. Sie hat in der Lohnregelung bis in die jüngsten Tage genug Staub aufgewirbelt und ist leider bis zur Stunde auch noch nicht ganz abgeschafft worden.

Küßtrin.

R. K.

Die Diskussion zur Tarifauschussprüfung ist hiernit geschlossen, da wegen Ausfalls der Donnerstagnummer weitere Artikel zu spät erscheinen würden. Nach Abdruck vorliegender Nummer eingegangene sind also als erledigt anzusehen. Die Redaktion.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Borna bei Leipzig. Die am 17. Januar vom hiesigen Ortsverein abgehaltene Jahreshauptversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuchs. Nach der Eröffnung des Jahres- und Geschäftsberichts wurde der Gesamtvorstand durch Zufall wiedergewählt. Der Posten des zweiten Vorsitzenden wurde neu besetzt. Die Satzungen des Ortsvereins des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurden verlesen und aufgegeben. Infolge Einführung des „Korr.“-Obligatoriums und Erhöhung des Frankengeldzuschusses von 50 Pf. auf 1 Mk. täglich wurde der Ortsvereinsbeitrag um 10 Pf. erhöht. Einer Anregung aus der Versammlung folgend, die früher hier bestandene Typographische Vereinigung wieder ins Leben zu rufen, wird das Werkere veranlaßt werden.

Bremen. „Wie stellen wir uns zu der neuen Teuerung?“ Mit dieser Tagesordnung beschäftigte sich eine

am 13. Januar abgehaltene außerordentliche Bezirksversammlung, die auf Antrag aus Mitgliederversammlungen einberufen worden war. Von den Antragstellern wurde ausgeführt, daß man nicht die Absicht habe, die zentralen Abmachungen zu brechen oder den augenblicklich in Berlin schwebenden Verhandlungen zuvorzukommen, sondern die Not zwingt dazu, sofort zu handeln. Bis zum Inkrafttreten des Beschlusses der Arbeitsgemeinschaft könne noch eine Zeit vergehen, demgegenüber aber die Forderung schon am 1. Januar eingetretet sei, weshalb eine höhere Zulage auch schon jetzt erforderlich sei. Der Zweck sei also, dem demnächst ja doch in Wirklichkeit tretenden Beschlüsse der Zentralarbeitsgemeinschaft frühere Wirksamkeit zu geben — ein Verlangen, das schon deshalb Berechtigung habe, weil die Unternehmer die kommende Zulage bereits in ihre Preisberechnungen ein kalkuliert hätten. Obwohl vom Vorstande gerufen wurde, den Antrag abzulehnen und erst den Ausgang der zentralen Verhandlungen abzuwarten, und zweitens aus tatsächlichen Gründen, wurde er doch fast einstimmig angenommen. Der Vorstand wurde in Verbindung mit einer Kommission beauftragt, sofort Verhandlungen mit den bisherigen Prinzipalpartnern anzubahnen und eine Forderung von 30 Mk. Lohnerhöhung pro Woche zu stellen. Anschließend fand noch eine längere erregte Aussprache über die Königsberger Bewegung statt. Zu Beginn der Versammlung teilte Vorsitzender Kuch mit, daß, da eine Möglichkeit zu einer Versammlung nicht mehr vorhanden gewesen wäre, die Vorstände der graphischen Verbände hier am Orte gemeinsam eine Protestresolution gegen die beabsichtigte Beschränkung der Rechte der Betriebsräte in Setzungsbetrieben an die Fraktionen der beiden sozialistischen Parteien sowohl als auch an den Sozialen Ausschuss gelangt hätten.

**Danzig.** Unsere Generalversammlung fand am 25. Januar statt. Nach Erledigung einiger Neuaufnahmen wurden die Berichte des Vorstandes entgegengenommen. Derselbe wurde weiter bestätigt und soll die Geschäfte so lange weiterführen, bis eine vollständige Klärung der Verhältnisse im Reichsausschuß eintritt. Allgemein wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Danzig, trotzdem es ein Freistaat ist, auch weiterhin bei der Zentralorganisation verbleiben wird. Ein Antrag auf Einberufung des Tarifsausschusses wurde angenommen, da die Preise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse weiter gestiegen sind und mit den jetzigen Löhnen kein Ausgleich geschaffen werden kann. Die Konjunktur am Orte kann als gut bezeichnet werden. Die Betriebsräte im graphischen Gewerbe haben sich zusammengeschlossen.

**Dortmund.** Über „Ausblick auf die Berliner Tagungen“ referierte unser Gauvorsteher Albrecht (Köln) in seiner von etwa 200 Mitgliedern besuchten Generalversammlung am 18. Januar. Reicher Beifall lohnte dem freisinnigen Redner für seine Bemühungen. Für die rückbleibenden kleineren Gewerkschaftsgruppen wurden 200 Mark aus der Ortskassa bewilligt. Nach Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes einigte man sich in Anbetracht der vorgezeichneten Zeit dahin, die Neuwahl des Vorstandes bis zur Februarversammlung zu verschieben.

**Duisburg.** Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Dem Gauvorstande wurden drei Kollegen zur Aufnahme empfohlen. Aus Anlaß der zehnjährigen Tätigkeit im Vorstand überreichte Kollege Gerner unter anerkennenden Worten unsern Vorständen das Gedenkbuch sowie unsern Bezirkskassierern Kesselhut ein kleines Andenken. Der Vorsitzende dankte und bat um weitere treue Mitarbeit. Zur Ausarbeitung der Anträge zum Gaufrage wurde eine sechsgliedrige Kommission gewählt. Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß das Kartell sich gemäßigt sehe, einen zweiten Kartellsekretär anzustellen. Dadurch würde der Kartellbeitrag um das Doppelte steigen. Nach Begründung durch den Kollegen Fähr wurde dem einstimmig zugestimmt. Einer eingebrachten Resolution, die besagte, unsern Gauvorsteher Albrecht zu eruchen, unverzüglich beim Tarifsausschuß eine den jetzigen Steuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung zu fordern, andererseits die Kollegen zur Selbsthilfe schreiben würden, wurde ebenfalls zugestimmt. Zur Unterstützung der Typographischen Vereinigung wurden 100 Mk. aus der Ortskassa bewilligt. Des weiteren wurden die Anträge zur Generalversammlung durchberaten und einstimmig angenommen. Es folgten darauf die Jahresberichte des Vorsitzenden und des Kassierers. Erstere lag gedruckt vor. Bei der Vorstandswahl wurde ein zweiter Vorsitzender und zwei Beisitzer neu gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder verblieben auf ihren Posten.

**Kr. Oberfeld.** In der äußerst stark besuchten Generalversammlung erstattete Vorsitzender Weber den Jahresbericht, woraus ersichtlich, daß das verfloßene Jahr für den Vorstand ein sehr arbeitsreiches war. Der bisherige Vorsitzende, Kollege Marshall, legte nach 13jähriger Tätigkeit sein Amt wegen Arbeitsüberhäufung nieder. Der Ortsverein sah ihn ungern scheiden. Kollege Workmann stellte den Antrag, daß der Vorstand gegen die Firmen, bei denen noch heute viele Überstunden gemacht werden, laut Verordnung vom 23. November 1918 klagen vorzugehen, den Abschlußtag abzuschaffen. Am dem noch in einigen Druckereien herrschenden Überstundenunwesen gab Kollege Weber den dort beschäftigten Kollegen die beste Schuld, da diese Überstunden größtenteils geschoben werden. Kollege M. Kraus brachte zur Sprache, daß die Entlohnung der Lehrlinge in Oberfeld noch sehr viel zu wünschen übrig ließe, da noch Firmen beständen, die ihre Lehrlinge mit 7—10 Mk. Wochenlohn entlohnen. Die Firma Siegrad (Neuentelch) beschälte sogar vier Lehrlinge und keinen Schillen. Vieles wurde allgemein als Ausbeutung und Schmutzkonzurrenz bezeichnet. Die Ver-

tragsmänner wurden aufgeführt, der vom Vorstand ausgearbeiteten statistischen Fragebogen betreffs Lehrlingswesen gewissenhaft auszufüllen, damit bessere Verhältnisse Platz greifen. Auch wurde der Antrag gestellt, daß zu Oftern keine neuen Lehrlinge eingestellt würden. Sodann wurden fünf Neuaufnahmen vollzogen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Weber mit überwiegender Mehrheit als erster Vorwähler und als Kassierer Kollege Peus einstimmig wiedergewählt. Der Beitrag wurde ab 1. Februar auf 2,75 Mk. festgesetzt und die eventuelle Aufhebung der Bezirkskassa einer später stattfindenden Bezirksversammlung überlassen, wenn die neue Bezirkseinstellung erfolgt ist. Gegen den Antrag der Setzungsverleger, die Setzungsbetriebe von dem Betriebsrätegesetz auszuschließen, wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch auf die Volkshochschulkurse hin und bat die Kollegen, hieron ausgiebigsten Gebrauch zu machen.

**Offen.** Unsere Hauptversammlung am 18. Januar war besonders gut besucht. Vorliegender Kraus eröffnete sie mit begrüßenden Worten. Eine besondere Ehre und große Freude wurde uns dadurch zuteil, daß wir in unserer Mitte den derzeitigen zweiten Vorwähler des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollegen Grabmann, begrüßen konnten. Auf der Durchreise begrüßten, besuchte er unsere Versammlung und hielt bei dieser Gelegenheit einen kurzen, sehr interessanten Vortrag über die augenblickliche wirtschaftliche Lage. Mit großer Spannung lauschte die Versammlung den Ausführungen aus beruflichem Mund und dankte dem Kollegen Grabmann am Schluß seiner Ausführungen durch reichen Beifall. Schade, daß der Vortrag nicht zu Anfang der Versammlung gehalten werden konnte. Er wirkte nach der zeitweise recht heftigen Debatte, in welcher besonders mit der Opposition (darf die Klinge gehreut wurde, sehr beruhigend und auch aufklärend auf die Gemüter, die mitunter sehr heftig aufeinanderprallten. Vor Beginn der Verhandlungen wurde ebendies eines verstorbenen Kollegen gedacht. Den Jahresbericht erstattete der bisherige zweite Vorwähler Weichen, den Kartellbericht Kollege Groskopf. Der Kassierbericht des Kassierers Sarms gab zu Beanstandungen keinen Anlaß. Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des neuen Geschäftsjahrs 530. Beschlossen wurde, der Ortsbeitrag vom 1. Februar an um 10 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen. Sieben Kollegen wurden dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen, einer wurde ausgeschlossen. Die Vorstandswahl wurde durch Jettelabstimmung vorgenommen. Die Absicht der Opposition, den ganzen Vorstand zu belegen bzw. die Mehrheit in ihm zu erlangen, scheiterte. Sämtliche Vorstandsmitglieder, soweit sie nicht auf eine Wiederwahl verzichteten, wurden wiedergewählt. Durch „Kompromiß-Friedensschluß“ wurden auch vier oppositionelle Kollegen auf die Liste übernommen und gewählt. Vorwähler ist wieder Kollege Kraus, Kassierer Kollege Sarms.

**Gelsenkirchen.** In unserer Generalversammlung am 18. Januar freilich Vorwähler Paul Kammerer in seinem Jahresbericht u. a. die Frage der Sozialisierung des Betriebsrätegesetzes. Der pessimistischen Annahme des Vorsitzenden, daß in der allgemeinen Arbeiterchaft und auch unter uns Buchdrucker wenig oder gar keine geeigneten Personen zu finden wären, die zur Ausübung ihrer Rechte in der jetzigen Form des Betriebsrätegesetzes die Fähigkeiten besitzen, trat man aus der Versammlung entgegen. Es wurden Kurze zur Einführung in die Funktionen der Betriebsräte angeregt. Besonders scharf wurde der beabsichtigten Entschärfung der Buchdrucker im Betriebsrätegesetz entgegengetreten und einstimmig Protest dagegen erhoben. Nach Aufnahme drei neuer Mitglieder wurde die Vorstandswahl vollzogen, aus der u. a. H. Somburg als erster Vorwähler und H. Wurmes als Kassierer hervorgingen. Nach Besprechung verschiedener Angelegenheiten und einem Appell an die Kollegen, sich an den Fortbildungskursen der hiesigen Ortsgruppe des Bildungsverbandes der Buchdrucker reger als bis jetzt zu beteiligen, fand die außerordentlich und ausregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

**Hannover.** In der Versammlung am 13. Februar, die sich u. a. mit einer Einmahnung zur bevorstehenden Tarifsausschubung befaßte, erläuterte Kollege Bjerre die Anträge auf Erhöhung des Lokalzuschlags für Hannover auf 20 Proz.; außerdem brachte er folgende Resolution ein: „Die Beihilfenschaft Hannover“ erwartet von der bevorstehenden Tarifsausschubung eine derartige Erhöhung der Steuerzulagen, die endlich der immer mehr zunehmenden Verelendung der Buchdruckergebühren entgegenwirken kann.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf erklärte unser Kreisvertreter, Kollege Rolenbruch, die bis jetzt vorliegenden Anträge zur Tarifsausschubung, wozu sich wiederum eine lebhafteste Debatte knüpfte, welche nachstehende Anträge zeltigte: „§ 1 Ziffer 3, Zeile 8 ist dahin zu ändern, daß es an Stelle auf den Stundenverdienst, auf den Gesamtwochenverdienst setzen soll.“ Die bevorstehende Tarifsausschubung hat Mahnungen zu einer verminderten Einstellung von Lehrlingen zu treffen.“ Auch diese Anträge fanden einstimmige Annahme.

**Kasselerlauren.** Wegen der Verhehrschränkungen konnten die Kollegen der angeschlossenen Druckorte die Generalversammlung am 18. Januar nicht besuchen. Der Vorstand wurde bis auf einen zurückgetretenen Kollegen wiedergewählt. In seinem Jahresberichte betonte der Vorstand, daß bis auf einige Ausnahmen alle organisationsfähigen Kollegen erlabt sind. Auch in der Bauernsünderburg Offens haben wir Fuß gefaßt. Die tarifliche Ordnung hat sich, seit den Organisationen das Klagerrecht zugestanden ist, sehr gehoben. Der Beitragsbeitrag wurde auf 40 Pf. festgesetzt, um den gestellten Aufgaben gerecht

werden zu können. Das Grapbische Kartell hat auch hier seine Tätigkeit aufgenommen und als erste Aufgabe die Organisation der Hilfsarbeiter in die Wege geleitet. Um die Volkshochschulbeiträge vorwärts zu bringen, wurden vier Gewerkschaftsmitglieder in den bestehenden Volkshochschulausschuß delegiert.

**Karlsruhe.** Unsere Versammlung am 2. Februar befaßte sich mit Anträgen zur Generalversammlung und der Abhaltung des Gaufrage. Die von einer Kommission bereits vorherberatenen Anträge fanden die Zustimmung, ebenso soll der Gaufrage, wie bereits früher schon seitens der Bezirksvorsteherkonferenz beschlossen, vor der Generalversammlung stattfinden. Eine rege Aussprache entspann sich über die vom Tarifsausschuß festgesetzte außerordentliche Steuerzulage und es soll der Zeit abstrakt dringend erachtet werden, so schnell wie möglich den Tarifsausschuß zu einer Sitzung zu veranlassen, die den Lobn der Buchdruckergebühren den festgelegten Preisen der Nahrungs- und Bedarfsartikel anpaßt. Die landwirtschaftlichen und industriellen Produkte nähern sich mit Meilen-schritten dem sogenannten Weltmarktpreis, ohne daß die Löhne halbwegs damit Schritt halten. Dieser Kalamität muß durch Einsetzung einer Rohstoffkommission, die automatisch die Löhne den Marktpreisen anpaßt, abgeholfen werden. Angehts der horrenden Steigerung aller Lebens- und Bedarfsartikel war es der Versammlung unverständlich, die Beihilfenschaft mit 5 resp. 10 Mk. abzuspitzen, da eine Erhöhung des Stundenlohns von mindestens 1,50 Mk. notwendig wäre, um einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen. Soll der Beihilfenschaft das Interesse an der Tarifgemeinschaft erhalten bleiben, ist eine sofortige Erhöhung der Lohnsätze absolut notwendig, die ein halbwegs fröhliches Leben garantiert.

**G. Hilt.** (Machinenleger.) Die Hauptversammlung am 18. Januar nahm die zahlreichen geschäftlichen Mitteilungen entgegen, u. a. wurde besonders auf die Statistik der Zentralkommission verwiesen. Aufgenommen wurden wiederum zwei Kollegen. Aus dem Überblick einer Veranstaltung konnten wir den sieben Wägen unserer gestellten Maschinenlegerkollegen je 25 Mk. als Weihnachtsgabe übermitteln. Vorwähler Witke streifte sodann die wichtigsten Ereignisse im verfloßenen Jahre, das auch an uns Maschinenlegern nicht spurlos vorübergegangen sei. In der kommenden sehr bedeutungsvollen Zeit sei es Pflicht eines jeden Kollegen, regen Anteil zu nehmen sowohl am Verband als am Sparwesen. Arbeitslose Maschinenleger hatten wir nicht zu verzeichnen. Sodann wurden die Vorstandswahl und die Wahl der Technischen Kommission vollzogen. Allseitig begrüßt wurde, daß die „Technischen Mitteilungen“ wieder monatlich erscheinen. Der Punkt „Verkleidetes“ wurde erneut eine Debatte über die Sonntagsarbeit. Die Aussprache spielte in einem Antrag, in dem die Abschaffung der Sonntagsarbeit auf zentraler Wege gefordert wurde. Nach Erledigung einer wichtigen internen Angelegenheit wurde die Versammlung geschlossen.

**Leipzig.** Endgültig erledigt ist für Leipzig nunmehr die Frage, ob Setzungsleiterkreis oder nicht. Vor überflüssiger Versammlung berichte am 17. Februar der Vorsitzende Kesselbarth noch einmal über den Verlauf der ganzen Angelegenheit, verwies darauf, daß die in Betracht kommenden Personale zweimal den Streik abgelehnt haben, verzweifelte das Verhalten ausbleibender Personen, die versucht hatten, die Führung in dieser Bewegung an sich zu reißen, und sprach die Hoffnung aus, daß die Kollegen sich diese Streikliste als erledigt betrachten möge. Dem stimmte die Versammlung zu, indem er u Antrag auf Übergang zur Tagesordnung über die ganze Angelegenheit mit großer Mehrheit angenommen wurde. Vorher wurde ein Antrag der Arbeitslosen einstimmig angenommen, der besagte, daß a. e. Arbeitslosen reiflos in die Betriebe eingestellt werden sollen im Verhältnis zu den darin beschäftigten Gehilfen. Den Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr des Gewerkschaftskartells erstattete Kollege Kreisler. Daran knüpfte sich eine lebhafteste Aussprache, in welcher allseitig der einseitig parteipolitische Standpunkt des Kartells verurteilt wurde. Bei der Wahl der Kartelldelegierten kam es zu willigen Ränzen, indem die Wahl des Kollegen Kesselbarth angezweifelt wurde, trotzdem die überwiegende Mehrheit für ihn gestimmt hatte. Zwei Vorschlagslisten lagen vor, von der Gewerkschaftsleitung einerseits und der unabhängigen Parteileitung andererseits. Um endlich einmal festzustellen, welche Richtung in Zukunft ausschlaggebend sein soll, wurde ein Antrag auf Abstimmung über die beiden getrennten Listen angenommen. Hierauf verließ die Opposition demonstrativ den Saal. Kollege Kesselbarth erstattete zum Schluß den bereits zweimal von der Tagesordnung abgeleiteten Bericht über die Gauvorsteherkonferenz.

**Mainz.** Die Bezirksversammlung vom 18. Januar hatte eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung zu erledigen. Hervorzuheben ist der Punkt: „Gründung des graphischen Kartells“, das nun, nach Nominierung der Vertreter seitens der vier übrigen graphischen Organisationen (einschließlich der Rotenfecher), in aller Eile seine Arbeiten im Interesse der gesamten graphischen Arbeiterchaft von Mainz aufnehmen wird. Anschließend an diesen Tagesordnungspunkt wurde in eine Besprechung über das seitens des Sozialen Ausschusses verhandelte Betriebsrätegesetz eingetreten. Die Versammlung war der Auffassung, daß zur Befestigung jeder Ausnahmestellung der Buchdrucker in der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen durch die Betriebsräte mit aller Energie darauf gedrängt werden müsse, die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes in den Tarif hineinarbeiten. Bei der Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung wurde von der Stellung Spezialistischer Anträge Abstand genommen und

eine Milienkündigung bezüglich der „gerechteren Ver-  
teilung der Verwaltungskosten“, Revision der Unterstufen-  
einrichtungen unter völliger Wahrung der gewerkschaft-  
lichen Grundzüge des Verbandes“ und des „Graphischen  
Industrieverbandes“ angenommen. Als Kandidat zur  
Generalversammlung delegiert wurde Kollege Con-  
rad einstimmig aufgestellt. Nach Erledigung einiger tarif-  
licher und dringlicher Angelegenheiten fand die Versammlung  
ihren Abschluß.

**Mainz.** Eine am 7. Februar folgende Vertrauens-  
männerführung, zu der auch die im graphischen Karstell  
Mainz vereinigten Vertreter der graphischen Organisationen  
erschienen waren, besaßte sich mit der Einführung der  
außerordentlichen Feuerungszulage ab 1. Januar, zu deren  
Auszahlung auf Grund der veröffentlichten Bekanntmachung  
des Tarifamts die nötigen Schritte eingeleitet wurden.  
Gleichzeitig wurde Stellung zu der Ende Februar kalt-  
findenden Tarifauschüßung genommen. Als Ergebnis  
der Aussprache gelangte nachstehende Entschlie-  
ßung einstimmig zur Annahme: „Die Sitzung der Vertrauens-  
männer der Tarifkreise Gehilfen von Mainz und Um-  
gebung erwartet von der bevorstehenden Tarifauschü-  
ßung eine gerechtere Würdigung der trostlosen Lage der  
Gehilfen und dementsprechende Anpassung des Lohnes an  
die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Im Hin-  
blick auf den geradezu erschreckenden Tiefstand un-  
serer Baluta und die fortgesetzten sprunghaften Preissteigerungen  
famillischer Lebensmittel und Bedarfsartikel muß das jetzige  
Lohnniveau als vollkommen ungenügend bezeichnet  
werden. Besonders wird an das soziale Empfinden der  
Prinzipale appelliert, daß alles geschieht, um der Gehilfen-  
schaft eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen. Nur  
dann ist es möglich, die auch von der Gehilfenseite ge-  
wollte Vertragstreue zu halten. Tarifamt und Tarifaus-  
schuß werden aufgefordert, bei den zuständigen Stellen mit  
aller Energie dahin zu wirken, daß alles getan wird, um  
eine Gelönung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse herbei-  
zuführen. Des weiteren bezeichnen die Mainzer Gehilfen-  
schaft die gegenwärtige Falschheit, daß Orte mit gleichem  
Lohnzuschlag ungleiche Feuerungszulagen haben, als tarif-  
lich unmöglich. Es wird deshalb mit Bestimmtheit er-  
wartet, daß der Tarifauschüß den am 1. April 1918 er-  
höhten Lohnzuschlägen rückwirkende Kraft für die im  
Mai 1917 beschlossene Feuerungszulage verleiht. Die Be-  
rechtigung dieses Verlangens ergibt sich ohne weiteres aus  
dem in der Bekanntmachung des Tarifamts vom 20. Januar  
1920 betreffs Abänderung der Lohnzuschläge angeführten  
Beispiele der durch die Erhöhung der Lohnzuschläge auto-  
matisch erhöhten Feuerungszulagen.

**Recklinhausen.** Am 10. Januar fand unsere General-  
versammlung statt. Nach Erhaltung des Jahres- und

Kassenberichts sowie Neuaufnahme eines Mitgliedes er-  
stallte der erste Vorsitzende Pünenbürger den Bericht  
über Bezirks- und Gauvereinsleistungen sowie über die  
Verhandlungen des Tarifauschüßes. Mit den bei den  
letzteren erzielten Ergebnissen konnten sich die Verlam-  
tungen nicht befremden, was in der einstimmigen An-  
nahme einer Resolution zum Ausdruck kam. Gleichzeitig  
wies die Versammlung jede Ausnahmestellung der Buch-  
drucker im Betriebsrätegesetz mit Entrüstung zurück. Der  
bisherige Vorstand blieb mit Ausnahme des zweiten Vor-  
sitzenden, der eine Wiederwahl ablehnte, bestehen. Nach-  
dem noch hingewiesen worden war auf die jetzt beginnen-  
den Volkshochschulkurse und auf die diesjährige Gewerkschafts-  
bibliothek fand die Versammlung ihren Abschluß.

**F. Stuttgart.** Eine von etwa 600 Kollegen besuchte  
Mitgliederversammlung am 6. Februar nahm den  
Bericht des Gehilfenvertreters Klein entgegen über  
die Verhandlungen mit der Stuttgarter Prinzipalität in  
der Feuerungsfrage. Als Resultat der Verhandlungen  
gab er das Angebot derselben bekannt, außer der ab  
1. Januar zahlbaren, außerordentlichen Zulage für Brot  
und Karloffeln in Höhe von 5 Mk. für ledige und 10 Mk. für  
verheiratete Kollegen eine Sonderzulage ab 1. Februar  
als Voranschub auf die vom Tarifauschüß am 23. Februar  
auf beschlossene Feuerungszulage zu gewähren. Diefelbe  
solle 15 Mk. für ledige und 20 Mk. für verheiratete Kol-  
legen betragen, so daß eine wöchentliche Zulage von 20  
bzw. 30 Mk. ausbezahlt werden soll. Die Versammlung  
beschloß, einem Oppositionsentscheidungs folgende, die Zulage ab-  
zulehnen, die Forderung auf 100prozentige Lohnerhöhung  
erneut aufzustellen und das Resultat der neuen Verhand-  
lungen bis 11. Februar zu verlangen. In der Aussprache  
über eine Reihe eingereicherter Anträge zur Verbands-  
generalversammlung plädierte die Gegenseite nochmals auf-  
einander. Mit Stimmenmehrheit wurde zuletzt ein Antrag  
Schreiber angenommen, der an Stelle von Einzelände-  
rungen des Statuts dessen vollständigen Neuaufbau auf  
revolutionärer Grundlage forderte. — Bereits am 10. Fe-  
bruar fand eine weitere Versammlung statt, die von  
etwa 1500 Kollegen besucht war. Kollege Klein berich-  
tete, daß die Prinzipalität es ablehnte, mehr als die be-  
reits bewilligte Voranschubzulage zu gewähren. Er warnte  
die Kollegen vor Arbeitslosigkeit und gab der unbedin-  
gten Erwartung Ausdruck, daß der zusammenstehende  
Tarifauschüß die fordernde Feuerungszulage auszusprechen  
gewillt sei, daß aber darüber hinaus auch Mittel und Wege  
gefunden werden müßten, um bei weiteren Preissteige-  
rungen automatisch auch die Feuerungszulagen zu steigern.  
Ein diesbezüglicher Vorstandsentscheidungsantrag wurde zur Annahme  
empfohlen. Seitens der Opposition wurde jedoch für die  
Forderung der 100prozentigen Lohnerhöhung eingetrefen

und auf die Zustände in Henssburg, Kiel, Köln und Sa-  
lingen als Vorbild verwiesen. Doch ließ die Mehrzahl  
der Kollegen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie  
nicht gewillt waren, in einer ausschließlichen Streik einzu-  
treten. Bei der Abstimmung wurde mit etwa vier Fünftel  
Majorität die Forderung der Opposition abgelehnt, der  
Vorstandsentscheidungsantrag dagegen angenommen. Ein Antrag Vogel,  
der die Einreichung der eingelaufenen Anträge zur General-  
versammlung beim Gauverband verlangte, wurde nach  
heftiger Debatte gegen wenige Stimmen angenommen.

### Briefkasten

**H. S. in Z.** Wird mit einigen zu diesem Thema schon vor-  
liegenden Briefen zusammengebracht werden, sobald es sich ermit-  
teln läßt. — **S. A. in R.** Aufnahme erfolgt freilich, wenn Tarif-  
auschüßung vorüber. — **G. B. in M.** Es ist hier anerkannt  
worden, daß die andern Drucksachen gute Beweismittel gegen die  
bewußte e-ne sind. Warum sollte nicht ein junger Meisterpräsident  
einmal aus der Rolle fallen können! Da ist einmal noch keinmal  
und zweimal nicht viel. — **G. M. in R.** Gegen die Fragen  
Ihren Gehilfenvertreter zur Beantwortung vor. — **H. G. in Z.** Erlä-  
uern unterlegen in ihrer Schreibung der Publizisten Drück-  
graphen die Abänderung des Statuts vor allem Dinge eine für  
erstaus gebaltene kleine Eigenschaft. Der Verlobte sich  
also Schläger, nicht Schläger? — **M. S. in W.** in Würzburg: Also  
abgemacht. Gruß! — **D. P. in Magdeburg:** Wie in Nr. 22 be-  
richtet, am 1. März. — **Nach Solzminde:** 3 Mk. — **G. S. in**  
**N.:** 2,80 Mk. — **H. in A.:** 4 Mk. — **Nordb. Juv.:** 3,40 Mk. —  
**S. S. in B.:** 2,60 Mk. — **H. in G.:** 7,20 und 4,40 Mk. —  
**H. S. in B.:** 2,60 Mk. — **H. in G.:** 7,20 und 4,40 Mk. —  
**H. S. in B.:** 2,60 Mk. — **H. in G.:** 7,20 und 4,40 Mk. —  
**H. S. in B.:** 2,60 Mk. — **H. in G.:** 7,20 und 4,40 Mk. —

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chomkaplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfrisch, Nr. 1191.

### Briefveränderungen

**Beilisch:** Vorsitzender: Wilhelm Droh, Marienstraße 16 III;  
Kassierer: Hermann Gille, Widener Straße 11, bei D. Schmidt.  
**Dresden (Machinistenklub):** Kassierer: Max Grilzke, Dresden-Alt,  
Paußstraße 3 II.  
**Magdeburg:** Bezirksleiter und Ortsvereinsvorsitzender: Karl  
Engel, Rollenhagenstraße 3.  
**Freiburg:** Vorsitzender: D. Ulrich, Maltenhaus-  
straße 13; Kassierer: Jakob Ma, Trödelmer Straße 80 III.

### Veranstaltungskalender

**Berlin:** Machinistenlehrerversammlung Sonntag, den  
29. Februar, vormittags 10<sup>Uhr</sup>, im „Karlshof“. —  
**Magdeburg:** Versammlung heute Dienstag, den 24. Februar,  
abends 7 Uhr, in der Aula der „Augustschule“, Litzmann-  
straße 5.  
**Wien:** A. B. Versammlung Freitag, den 27. Februar, abends  
pünktlich 7<sup>Uhr</sup>, im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“.  
(Stern eine Beilage.)

**Motivenshaft „Typograph“** Serie 3, neue Ausgabe. Inerichöpl-  
liche Wegweiser und Helfer bei  
Herstellung von selbständigen Drucksachen. In 24. 4. 50 Mk. bei Voran-  
zahl. 4. 50 Mk. D. W. Verlag: Berlin N. O. Köpenick 42.  
Für unsere Genossenschaftsdruckerei mit täglich erscheinender Zeitung und modernem  
Mehrzweckbetrieb wird ein umkäufer! [812]

**Geschäftsführer**  
der Buchhaltung, Genossenschaftswesen, Kalkulation überzucht und Papierkennt-  
nis, für bald gesucht. Bewerber wollen Offerten mit Lebenslauf, Gehaltsforde-  
rungen und Angabe des Eintritts einlenden an den  
Vorstand der Genossenschaft der Arbeiterdruckerei e. O. m. b. H., Strlig.

## Zur Zeitung

neuzuziehender kleinerer lithographischer Anstalt mit Buchdrucker, Spezialität  
Kalkulation, wird tüchtiger Fachmann gesucht. Offerten mit Lebenslauf und Ge-  
haltsansprüchen unter Nr. 800 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

## Tüchtiger Maschinenmeister

erfahrener Illustrations- und Zeitschriftendrucker an Hochdruck-Chromotypie-Ma-  
schinen gesucht. Aussicht über den Maschinenbau (vor Schmelzpressen, Ziegel- und  
Wollens) muß übernommen werden. Angebote mit Gehaltsansprüchen und frühestem  
Eintrittstermin an die  
Züringer Maschinenfabrik, O. m. b. H., Gerd-Untermyaus.

Für unsere Druckerei mit Schmalz-  
druck und Rotationsbetrieb suchen wir  
ipätestens zum 1. April einen tüchtigen  
**ersten Seher**  
mit gutem Geschmack, der den Betrieb  
überwacht, für farbige und pünktliche  
Herstellung der Arbeiten sorgt, auch selbst  
mit Hand anlegt und die Druckmaschinen be-  
rechnet. Off. Zuschriften mit Gehalts-  
forderung erbitelt  
„Neuer Zeitung“, Rnd (Dsp.),  
(Abstimmungsgebiet).

**Wohin! Tüchtiger, strebsamer  
Mehrzweckmeister**  
22 Jahre, sucht zu Anfang April ge-  
eignete Anstellung, eventuell dort, wo ihm  
Gelegenheit geboten wird, sich an der  
Vinschne auszubilden. Zeugnisabschrift  
steht zur Verfügung. Werte Angebote u.  
Nr. 782 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

**Seher für alle Gattungen, der mit  
Routinen den eingeh. Arbeiten vor-  
sehen u. Korrekturen selbst über-  
nehmen kann, sucht entp. Be-  
stellung; befristet 5 jährige Praxis  
an der Vinschne u. einjährige an  
Topograph. E. M. u. A. M. 810  
an die Geschäftsstelle d. Blattes.**

**Das Betriebsrätegesetz**  
Weder Vorstand des Betriebs mit aus-  
schließlicher Einsetzung von Arbeitgebern,  
noch Mitglieder des Betriebsrats, Mitglieder  
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-  
bundes. Geben erlesenen! Gegen  
Einführung von 2,50 Mk. Frankenschei-  
nen durch A. Sieg, München 8, 1454

**Bücher**  
Kassierer, Berlin usw. zu kaufen gesucht.  
Kollege Freilich, Leipzig,  
Opawitzstraße 3, 361

**Neuzeitliche Ausnutzung der  
Buchdruckpresse**  
Ein Vorschlag zur Umformung der bis-  
herigen Druckerei- und Reproduktionsweise  
im Buchdruckgewerbe. Von M. Rauch.  
Preis gebunden 2,80 Mk., geb. 3,50 Mk.  
Freilich erschienen und grundlegend  
für obiges Buch:

**„Wie soll ich zurück?“**  
Ein Leitfaden z. Aufbau der Zurückkunft  
in allen Druckarten auf Schnellpresse u.  
Tiegel. 112 S., 22 Abb., 20 Taf., a. Kunst-  
druck, geb. 2,50 Mk.; ferner

**„Der Buchdrucker im U-B-Z“**  
Ein Ratgeber z. Einstellung des Univer-  
sal-Bogenzylinder auf alle Papierarten; 93 S.  
Klein, 55 Abb., geb. 1,75 Mk. u. 1. u.  
25 Porto (Nachn. 40 Pf. mehr) od. Nachn.  
u. Verl. M. Rauch, Stuttgart, Hohenzol-  
lerstr. 9, Postfachkonto 13612.

**Bekanntmachung** 60 Pf. G. Freilich,  
Frankf. a. M., Weberstr. 23.

**Freimaurer, B. m. Verbeulch,**  
u. Ausprobieren, 1,85, der  
Mensch (Entschloß, 80 Pf., 80 Pf.,  
bau, Fortschritt, 83 Bdd., 6 Modelle d.  
männl. u. weibl. Körpers m. Bildr. 4. —  
Gefühl arbeit, 2,25, Verborg. Straße 2, 75,  
Reduktion 2,75, Bewegungsbild, 2,50,  
Nachricht über, Zugversand, 1 Pf.,  
Freiheitsfeld der Wesel.

**Frauen-Sterbekasse  
Stettiner Buchdrucker**  
Stiermil allen Mitgliedern zur gefl.  
Kennenlernnahme, daß der Kollege Otto  
Ebert, Stettin, Kochstraße 15 III., die  
Rechnungsgeschäfte übernommen hat.  
Alle Korrespondenzen sind fortan an  
den genannten Kollegen zu richten.

**Kollege Urk!**  
früher in Kassel, gib Deine Adresse an  
8233, Kassel, Eisenstraße 37 IV.

Zu unserm 60. resp. 30-jährigen Be-  
rufs Jubiläum sind uns aus Kollegen-  
und Freundeskreisen viele und herzlich  
Grußworte: Glück und Erfolg  
wünscht worden: Allen die sie wahr-  
in so lebenswunderlicher Weise erinnern,  
herzlichen Dank und Gruß

Berlin, den 18. Februar 1920.  
Emil Krause, Karl Walter,  
Gustav Kose, Hugo Sieck.

Am 16. Februar verschied uner-  
wartet nach kurzem, schwerem  
Arankenlager unser lieber Kol-  
lege, der Seher [815]

**Ernst Reuter**  
im Alter von 38 Jahren.  
Wir werden ihm kein Andenken  
feils in Ehren halten.  
Ortsverein Solzminde.

Am 15. Februar verstarb unser  
weiter Kollege, der Seher [816]

**Richard Zenger**  
aus Egelsh, im 31. Lebensjahr  
an der Schwindsucht.  
Ein ehrendes Andenken wird  
ihm flers bewahren  
Der Ortsverein Egelsh.

Am 14. Februar entfiel uns  
der unerbitliche Tod unser lang-  
jähriges Mitglied, den Invaliden

**Paul Sasse**  
im Alter von 58 Jahren. [819]  
Ehre seinem Andenken!  
Verein Schließlicher Korrekturen

Am Abend des 19. Februar verschied nach  
langem Leiden unser lieber  
Kollege und Gangesbruder, der Verbandsvelekan und Jubilar [826]

**Ludwig Ziehner**  
im hohen Alter von 71 Jahren.  
Wir werden unserm „Papa Ziehner“ über das Grab hinaus ein keles  
freundliches Gedenken bewahren.  
Bezirks- und Ortsverein Ludwigschafen a. Rh.  
Gesangverein „Gutenberg“.

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Heimholz in Leipzig, Salomonstraße 8 (Telephon 14111). — Druck: Radelski & Hille in Leipzig

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 23 — Leipzig, den 24. Februar 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Weiteres zu den Zeitungs- verboten

VIII.

Wir stellen in der vorigen Nummer Leipziger Nachrichten in Aussicht, Sie sollen mit der betreffenden Mitteilung beginnen, daß die „Leipziger Volkszeitung“ selbst in kurzer, rein referierender Form das Kapitel „Leipziger Volkszeitungsverbot und Buchdrucker“ nach ihrem Wiederersehen behandle. Dagegen hat Ehren-Schilling sich in der ersten Nummer mit den sogenannten gewerkschaftlichen „Mitteilungen“ verabschiedet unter Wiederholung d. Verklärung einer Anekdote und auch Erdemagogie gegenüber dem „Korr.“. Dieser in Parteischickseligkeit erstehende Mensch hat sich in der volkszeitungslosen Zeit papißlicher als der Popsi gebildet und augenscheinlich wieder dokumentiert, daß er das Amt eines Kartellvorstehenden nur im Sinn eines ganz gewöhnlichen Parteibausinnehmers zu führen vermag. Ob im Leipziger Gewerkschaftskartell wirklich alles mit diesem anscheinenden Radikalismus des Vorstehenden einverstanden ist? Nach Ehrlichers Merkmal, daß der Vorstehende nur der Dienstempfänger von den Besitzern ist, müßte es ja so sein, wir glauben es aber trotzdem nicht, weil wir zu genau wissen, daß in der „richtiggebenden“ Leipziger Arbeiterbewegung die Herrschaft einzelner maßgebend ist und fast zaristischen Charakter hat. Man weiß es noch aus den „groben Tagen“ des Leipziger Arbeiterrates, als der junge Geier sich mit ein paar Nullen als Direktorium eingeleitet hatte — Verschönerungskomitee nannte in öffentlicher Versammlung der gemäßigtere Geier diese Diktaturverhältnisse —, was alles in Leipzig möglich ist. Das hat „Ehren-Schilling“ jetzt in seiner Weise auch wieder exemplifiziert.

In den „Mitteilungen des Leipziger Gewerkschaftskartells“ brachte er unter seinem Namen am 14. Februar eine Notiz, die schon in der Überschrift „Zum Zeitungsstreik“ den Mann auf dem Karussell zeigt. Von einem „Zeitungsstreik“ zu reden, wäre nur dann möglich, wenn die Zeitungsverleger ihre Blätter nicht herausgeben würden. Es sollte aber umgekehrt kommen, wenn es nach Schilling gegangen wäre, nämlich die Zeitungsverleger sollten streiken. Den Kollegen Hessebarth zu warnen, über die „Vogelbrücke“ zu gehen, ist eine der Schilling'schen Unterforderungen, die er ohne Balancierfange fertig-bringt, wenn er auch dabei nicht das erhoffte bellastfreundliche Publikum findet, wie sich in der Saumlitzerversammlung vom 10. Februar gezeigt hatte. Aber das Ergebnis dieser Versammlung äußert er sich in seiner Notiz so erfreut, daß ihn der Teufel riß, von dem „Arger einer unterliegenden Minderheit, die es nicht versteht, in Schönheit zu sterben“, zu sprechen. Wer zuerst lacht, lacht am besten, und so ist es nun an Schilling, in Schönheit zu sterben, aber er versteht das gleich gar nicht.

In seinem Monitor berichtete Schilling am 16. Februar über die tags zuvor von ihm abgehaltene Paroleausgabe an die widerborstigen Zeitungs-personale. Der Wille, mit der gesamten Leipziger Angestellten- und Arbeiterchaft den Kampf für die Pressefreiheit zu führen, wäre klar zum Ausdruck gekommen, und die Notwendigkeit der Solidarität der Buchdrucker mit der übrigen Arbeiterchaft ganz besonders hervorgehoben. Dabei haßte er zu vor mitteilen müssen, daß die rechtssozialistische „Freie Presse“ überhaupt nicht vertreten war sowie von zwei Personalisten die scharfsten Vorwürfe an seine Streikorder. Den Eintritt für diese vermochte er von keinem Personal zu melden. In Buchdruckerkreisen hat man darüber geschickelt, wie mit solcher durch und durch unlogischen Schreiberei Schilling über die Vögelbrücke tänzelse.

Am 17. Februar, nur einige Stunden vor der für ihn so unglücksvollen letzten Buchdrucker-versammlung, spielte er noch einen Tramp auf mit einer Denunziation gegen uns; „Die übliche Korrespondententat“. Wir hatten am gleichen Tage Schilling'schen Schwindel über den unfähigen Verbandsvorstand aufgedeckt und ihn wegen ähnlicher Vögelbrückentaten kräftig abgerufen. Das wollte er jedoch nicht als die „übliche Korrespondententat“ seinen Vorstandsleuten mitteilen, sondern er hatte bei Wender eine Anleihe aufgenommen und eine von uns verbrochene Denunziation erlunden. Wir sollten angeblich keine gewerkschaftliche Solidarität kennen, selbst da nicht, wo „dringende gewerkschaftliche Notwendigkeiten vorliegen“. Deshalb hätten wir die „Mitteilungen“ des Kartells, deren Ziel Schilling bei dieser Gelegenheit nicht einmal genau wiedergeben vermochte, wie es bei ihm auch sonst quirlte über das Stattfinden der Buchdrucker-versammlungen, „gewissermaßen als Volkszeitungsverlag“ bezeichnet und von ihnen als von einem „täglich erscheinenden“ Blatte gesprochen, und so den Belagerungszustandsgewaltshaber indirekt aufgefordert, den „Mitteilungen“ den Garaus zu machen“. Schilling krädel aber nicht uns lediglich dieses „Verbrechen“ an, sondern meint: „Diese Denunziation paßt durchaus in die gewerkschaftliche Richtung“, die der „Korrespondent“ einhält“. Er geht also gleich auf die ganze Richtung los, die den Diktatorischen Schilling und Genossen so gar nicht paßt. Wir haben uns beim Lesen dieses Geschreibels nur über die Frechheit seines Urhebers gewundert, der

dem Denkmögen der „hochstehenden Leipziger Arbeiterchaft“ damit wahre Keulenschläge verleiht.

Am Nachmittage des 18. Februar erschienen die Schilling'schen „Mitteilungen“ zum letztenmal. Über die von den Morgenblättern schon gemeldete Niederlage der Buchdruckeropposition in der Versammlung am 17. Februar und die endgültige Eintragung des Streikplans für die Zeitungs-personale auf Gebot der Leipziger „Mitteilungen“ bestand der Kartellgewaltshaber, daß Schilling und Dummkellen nun das Beste sei. Es ist ja so schwer für eine Minderheit, in Schönheit zu sterben...

In der ersten Nummer der „L. V.“ nach ihrem Wiederersehen (19. Februar) hat Ehren-Schilling aber noch einmal zeigen wollen, daß er zu einem Redakteur ebenso geeignet ist wie einer seiner Freunde während der gloriosen Generalfreihändlatur zum Pressebegleitenden des allgewaltigen Arbeiterrates. Wieder weiß er in dem den „Mitteilungen“ des Leipziger Gewerkschaftskartells gewidmeten Abwehrwort den Titel nicht richtig anzuführen. Wieder muß der „Korr.“ mit der „lieblichen Denunziation“ der „Mitteilungen“ beim „Belagerungszustandsgewaltshaber“ — ein unbedingt potenzielles Schilling'sches Wortungstüm — verhalten, welche Absicht („die „Mitteilungen“ über die Klänge des Verbots springen zu lassen“) indes durch Wiederersehen der „L. V.“ vereitelt sei: „Kienzelnend bleibt aber die wackere Korrespondententat als Ausfluß einer Anschauung, die in der Gewerkschaftsbewegung glücklicherweise wenig Boden haben dürfte“. Zwei Tage zuvor kam noch eine ganze gewerkschaftliche Richtung mit in den Geruch unserer Missetat. Das sollte leidet sich Schilling jedoch in dieser Notiz mit der Bemerkung, daß die maßgebende militärische Stelle nichts an den „Mitteilungen“ auszuleihen gewußt habe, daß ihre tägliche Herausgabe notwendig gewesen sei; dem „Korr.“ blieb es aber vorbehalten, „gegen die „Mitteilungen“ mit einer Denunziation (geperrt) an die Militärbehörde vorzugehen“. Bei diesem Schwanzengefang hat Schilling'schen Drang zum Denunzieren ander ihm jedoch einen bösen Streich gespielt, indem er selbst zugibt, daß der militärische Gewaltshaber gegen die „Mitteilungen“ nichts einzuwenden gehabt habe, was doch genaue Kenntnis von allem voraussetzt. Er mußte sie ja haben, denn alles, was während der Verbotszeit in der Druckerei der „L. V.“ hergestellt wurde, unversiegelt, schon an Ort und Stelle einer geeigneten Kontrollen, also auch die „Mitteilungen“ des Gewerkschaftskartells. Es ist deshalb heilster Witz, aus unserer einmaligen neben-sächlichen Bemerkung von dem Erscheinen der „Mitteilungen“ „gewissermaßen als Volkszeitungsverlag“ und ihrer täglichen Herausgabe eine Denunziation zu machen bei einer Behörde, die bis ins kleinste wissend war, was auch Schilling wohl bekannt ist. Schilling überlegt sich für diese gelingens-sächliche Lünnelei gegen den „Korr.“ aber sogar selbst, indem er die zwei fe Denunziationsnotiz mit dem Satz beginnt:

Da wegen des Verbots der „Leipziger Volkszeitung“, dem Publikationsorgan der Leipziger Gewerkschaften, die Gewerkschaftsmitglieder ohne Kenntnis der Vorgänge in ihren Berufsorganisationen waren, gab das Leipziger Gewerkschaftskartell eigene Mitteilungen heraus.

Der Volkszeitungsverlag also galt ausgegeben von Schilling selbst! Man kann sehr darüber streifen, ob die „L. V.“ das Publikationsorgan der Leipziger Gewerkschaften ist, wie auch Schilling's Plakate zu Anfang des Verbots mit der Selbstständigkeit der Gewerkschaften nicht zu vereinbaren gewesen sind, aber nach der in Leipzig vorhergehenden Mentalität ist Schilling doch selbst der beste Kronzeuge für das von uns Belastete. Wir können noch andre Umstände dafür anführen, die jedermann kennt und die meisten auch in Ordnung finden, doch sehen wir davon ab, weil der Prachtzeuge Schilling alles so gut befolgt zu unserer Verteidigung — gegen sich selbst. Wie er auch das Selbstwiderlegen nicht zu überbieten gründlich versteht. Man wird draußen nicht verstehen, wie ein Mann sich öffentlich so bloßstellen kann. Das ist ja aber das Unbegreifliche an dem Leipziger fanatischen Radikalismus, daß er die Umwelt in seiner Wühldiel gar nicht beachtet. Wäre der Leipziger Kartellvorstehende nicht ein solcher Erdemagog, könnte man Mitleid mit ihm haben, wie er sich durch seine eignen Schreibereien die journalistische Impotenz so augenfällig bescheinigt hat. Gott sei Dank sind die Tage des Volkszeitungsverlages nun vorüber, und Schilling hat sich als Redakteur, Scharfmacher und Proteststreikführer nicht nur unheimliche Blamagen geholt, sondern er liegt auch da auf der Wahlstift und hat Arm und Bein gebrochen, diemell er über die Vögelbrücke hurtig hin- und hergelaufen ist und nicht sein nicht locker lossender Widerspruch Hessebarth, den er glaubte, schon vor einmaligem Bestehen warnen zu müssen. Der in Wiederholung verübte Denunziantenstreich gegen den „Korr.“ darf dem warmen Buchdruckerfreunde aber nicht mit seiner geistigen Inferiorität entschuldigt werden, weil aus dem ganzen Menschen eine Gemütsstelle spricht — nicht nur in dem uns hier beschuldigenden Betracht —, die klassischen „Selbengestalten“ wie Franz Moor, Wurm und Jaga sogar Kontrastreuz macht! Mit einem solchen Mann an der Spitze können die Leipziger Gewerkschaften nie die innerliche Verantwörtlichkeit erlangen, ohne die schließlich alles nur Siphysarbeit bleibt.

Die Mehrzahl der in letzter Zeit verhängten Zeitungsverbote ist inzwischen wieder aufgehoben. Nur vereinzelt berichtet die Tagespresse noch über neuere Verbote, z. B. in Hanau und in Hensburg. In letzterem Falle war eine sich gegen die Wäner richtende Lokalmotiv die Veranlassung zu einem befristeten Verbot des „Hensburger Tageblattes“ durch die internationale Kommission.

## Wir Radikalen

Radikal sein, heißt gründlich sein. Im Anlange der Tarifgemeinschaft zogen wir, das Käuzel auf dem Buckel, Verbandsbuch und Kellestigmation in der Tasche, die Landstrafen kreuz und quer. Machen dort halt, wo uns Konditionen geboten wurde, und forschen auf Grund unfres Radikalismus dafür, daß uns unser tarifliches Recht wurde, und halten den Jaghaffen, ihr Recht zu verlangen. Oft genug verachtete der Prinzipal auf unfre weitere Mühe, nachdem er erkannt, daß wir zu den sogenannten „Sehern“ gehörten. Dann packten wir wieder das Käuzel und mit neuer „Geist“ ging es weiter.

Nicht allein auf Deutschland beschränken wir unfre „beherliche“ Tätigkeit, d. h. die Zuklebenen aufzurufen, sie darauf aufmerksam machend, daß zum Leben mehr gehört als Arbeit, Essen und Schlaf. Zu keiner Versammlung fehlten wir, für uns als Verbandsmitglieder war es Ehrensache, mitzuhelfen am Aufbau des Sozialismus, unter dem wir das Streben nach vollkommenstem Lebensgenusse verstehen. Derweilen arbeiteten wir rafflos an uns selbst, uns zu bereichern mit Wissen aller die Menschheit berührenden Fragen, bildeten unfre technischen Fähigkeiten radikal, d. h. gründlich aus, um gewappnet zu sein im Daseinskampfe. Wir Radikalen erkannten, daß Fluktuation steigend auf die Löhne wirkte und wußten, daß man uns nicht um unfre schönen blauen Augen wissen den höheren, über Tarif hinausgehenden Lohn zahlen, sondern daß man auf Prinzipalsseite lob, daß Kenntnisse und erhöhtes Pflichtgefühl, d. h. Lust an der Berufsarbeit, bei denjenigen mehr anzusetzen war, die auf Grund erworbenem Kenntnisse und Wissen auch mehr Ansprüche ans Leben stellten, zu deren Befriedigung das „Mam“ nicht ausreichte.

Nicht selten geschah es, daß wir Konditionen im Druckereiarbeitern, was uns die älteren Kollegen, die dort gelernt und nicht weit über ihre engere Heimat gekommen, zu Beginn unfre Tätigkeit nach der Höhe unfres Vobues fragten und nicht wenig erstaunt waren, daß der „Neue“ mehr bekam als sie, die oft jahreslang zum Minimum oder einer Mark darüber arbeiteten.

All das veranlaßte uns Radikale, unfre Kollegen zum Radikalismus zu erziehen, damit sie erkennen lernen, daß unfre Streben nach Sozialismus, d. h. nach vollkommenstem Lebensgenusse, kein Kampf gegen sie, sondern Kampf gegen den Kapitalismus, den Unternehmer, bedeutet, der uns diesen vollkommensten Lebensgenuss verlagst, um ihr desto ungeförter selbst genießen zu können. Also, nicht gegen einander, sondern miteinander wollen wir zum Glücke des Sozialismus kämpfen. Dies der Standpunkt eines Radikalen oder Gründlichen den Kollegen gegenüber.

Nun der Standpunkt der Gründlichen den Tarifbewegungen gegenüber. Wieviel hübsliche Worte sind den wenig beneidenswertem Gehilfenverretern gegenüber von uns Radikalen schon gebraucht worden! Von meiner Seite aus kann ich aber versichern, daß in der Höhe des Gehalts dem Gehilfenverreter gegenüber gefallene hübsliche Worte sich nie auf die Person des Vorgesetzten bezogen, sondern immer nur gegen die zur Debatte stehende Sache gerichtet waren.

Dem Radikalen passiert es oft, daß ihm kurz vor Abschluß einer Kondition der Befehl wird, daß der fragliche Posten „leider schon besetzt“ sei. Doch besser Zeugnisse und anerkannt guter Probearbeiten gelangt es dem Radikalen (falls er auf der „Schwarzen“ steht) selten, einen seinen Fähigkeiten in (schulischer Belegung) entsprechenden Posten zu finden, besonders wenn es sich um leitende Stellung handelt.

Wenn dann noch ein Gehilfenverreter dem Radikalen allen Ernstes ins Gesicht sagt, daß er sich (schleimig) aus seinem Kreis entfernen möge, da er auf Grund der Erwählung von Sabotage in einer Versammlung auf Kondition in diesem Kreise nicht mehr rechnen könne, höre die Gemütslichkeit auf. Weib man auf Gehilfenverreterseite nichts von der Sabotage auf Unternehmerseite? Dem Radikalen fehlt es nicht an Gründen zum Mißtrauen gegen seine Führer, auch in betreff der letzten Tarifauschließung nicht.

Von allen Seiten bombardiert man uns, daß unfre Deutschland verarmt sei und nur rafflose Arbeit und Entbehrungen unser vor dem allgemeinen Bankrott retten könnten. Das steht auch der Radikale ein. Was er nicht einsehen kann, ist die Tatsache, daß der Unternehmer nach wie vor die besten Brocken vom Tische des Lebens für sich beansprucht und uns die übrigbleibenden Bröcklein „gibt“.

Verbandsleitung, Gehilfenverreter und „Korr.“-Redaktion möchte ich ans Herz legen, daß das Verantwortlich-

keitsgefühl auf Seiten der Radikalen (abgesehen von den letzten Vorradikalen) nicht weniger ernst genommen wird, als auf der andern, der Führerseite.

Wollt ihr also, daß die zentrale Strohkrone erhalten bleibt und sich nicht in drückenden Millionen verbluten soll, dann erhebt auf der kommenden Generalversammlung mit uns Radikalen zusammen die Forderung an die Prinzipale: „Nacht uns die Not gemeinsam fragen, dann geht der Aufbau unres schönen Gewerbes auch sicher ohne schwere Erschütterungen vor sich. Zeigt ihr Prinzipale aber, daß ihr uns Gehilfen zumutet, den größten Teil der Not zu tragen, dann haben wir an der Ruhe im Gewerbe zu euren Gunsten kein Interesse mehr.“

Wir Radikalen wollen wie bisher zäh und zielsicher an der Radikalierung, an der Gründlichkeit unster Strohkrone weiterarbeiten, damit sie nicht wie bisher kampflos und opferlos von dem genehten brauchen, was stiller, operativer Kampf erfordert.

Und ihr, die es angeht, mehrt euer Wissen, sucht die Höhe technischer Vorkenntnisse zu ermitteln, damit ihr einwirken könnt in die Reihen der Radikalen, um Mithilfe zu leisten beim Aufbau des Sozialismus. Unübersehbar ist das Geld der Zukunft, das der Mitarbeit aller bedarf, sollen die Früchte allen zugute kommen.

Das ausgeführte Gleis unserer Lohn- und Preispolitik im Buch, wie in andern Gewerben müssen wir verlassen, unser Verbandsstatut soll sich dem Geiste der neuen Zeit anpassen, wollen wir Buchdrucker untern Ruf als „Pioniere der Arbeiter“ wieder ausstrahlen.

Über von nichts kommt nichts. Glauben doch so viele, daß die „andern“ werden es schon machen! Täuscht euch nicht, jeder einzelne muß eifrig mitarbeiten in der geschlossenen Reihe, damit diejenigen, die da glauben zu schweben, merken, daß eigentlich sie die „Geschobenen“ sind.

Der Erfolg ist auf unsrer Seite, wenn ihre eure Mühseligkeit abtrotzt, wenn ihr Männer werdet, Persönlichkeiten, die fest auf dem Boden der Tatsachen wurzeln. Ehrliches Wollen, tüchtige Tat mit stiller Kraft, lebend auf gutem Wissen und Opferfreudigkeit, sind die Quellen des gesunden Radikalismus.

**Breslau. Willi Rippel.**  
Anmerkung der Redaktion: Wenn man Radikalismus mit Gründlichkeit überlegen will, so ist das nicht über. Wird indes von einigen Ausschüssen des Verbands übergehen, so macht sein radikales Glaubensbekenntnis eigentlich für das aus, was namentlich selber jedes richtigen Verbandsmitglied selbstverständliche Pflicht war. Die meisten älteren Verbandskollegen, die ebenso wie der Zeitschriftredakteur auf die gewerkschaftliche Schuldigkeit setzen, werden dem doch keinen Wert darauf legen, als radikal im hergebrachten Sinne des Wortes zu gelten.

## Nochmals: Druckerkollektoren-angestellte

Die Bildung einer aus Faktoren, Betriebsbeamten, Kalkulatoren, Reisenden zusammengesetzten Faktorenpartei innerhalb des Verbandes, wie sie der Köhler Kollege in Nr. 15 vorschlägt, ist eine unbedingte Notwendigkeit. Es handelt sich hier meistens um Kollegen, welche aus dem technischen Betriebe hervorgegangen sind, also eine langjährige technische Erfahrung haben. Der Zustand muß beseitigt werden, daß diese Spezialstellungen im Beruf all und jeder wirtschaftlichen, vielleich auch gewerkschaftlichen Grundlage entbehren und demzufolge in der Behandlung der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sind.

Wohl hat die Entlohnungsweise z. B. der Faktoren durch deren Vertragsgemeinschaft mit dem Buchdruckerverein eine gewisse Regelung erfahren, ebenso wie für kaufmännische Angestellte zum Teil Tarife bestehen; es sind jedoch für die Betroffenen derart Nachteile Sätze festgelegt, daß man wirklich nicht weiß, was man mehr bewundern soll: die Naivität der Unternehmer oder die Selbstlosigkeit der Angestellten. In einer Zeit, in der alle zum Leben notwendigen Artikel um das Fünffache bis zu zwanzigfache im Preise gestiegen sind, und in der jedem Arbeiter auf den Friedenslohn der in sich schon recht niedrige Feuererzuschlag von mindestens 400 Proz. gewährt wird, wagt man es z. B. in Leipzig, dem technisch gebildeten Kalkulator, den man, nebenbei gesagt, unternehmerischer als leicht durchsichtigen Gründen in den Tarif für die kaufmännischen Angestellten aufgenommen wissen will, mit 725 Mk. abzupfeifen. Ist es nicht dann wohl, wenn die Bildungsgemeinschaft Kurse um Kurse heranwächst, um Kollegen für die in Frage stehenden Spezialberufe vorzubereiten, die ihnen schließlich Aussicht auf eine schlechtere Entlohnung bieten als bei ihrer Tätigkeit am Seher- und Druckerkollegen der Fall ist, und zwar durch Festlegung tariflicher Sätze, die entsprechend der Verantwortlichkeit sich um 75 Proz. über dem Minimum bewegen. Gleichzeitig wäre zum Ausdruck zu bringen, daß diese Spezialstellungen nur gelerntem Buchdruckern zu übertragen sind. Also, tariflicher Schutz für die zum Teil jetzt sehr leidenden Angestellten, die in schwerster Kampfzeit und unter schwierigen Verhältnissen treu zu ihrer Organisation gestanden haben!

Leipzig. 

## Volkswirtschaft

### Ladenhüter in der Entlohnungsfrage

In Zeiten des Mangels gibt es wohl kaum Ladenhüter. Damit ist ihre Entlohnung angedeutet: Ladenhüter gibt es in den Zeiten der Fülle, den sogenannten guten

Zeiten. In den Zeiten, in denen der Käufer nach Bergenslust ausziehen, wäshen und mähen konnte. Da bleibt eben vieles liegen, was den Käufern nicht gefällt, was zu teuer ist, was nicht mehr Mode ist. Der wahre Grund für das Liegenbleiben ist die Fülle, die Überproduktion (oder, wenn man mit Karl Marx sprechen will: die Unterkonsumtion, die fehlende Kaufkraft breiter Volksschichten). Es ist mehr vorhanden, als die Volksangehörigen kaufen können; es müssen also bestimmte Stücke liegen bleiben. Der Verkäufer wird sie nur los, wenn er sie billiger als andere Stücke verkauft. Das ist dennoch verkauft werden, beweist aber, daß die Fülle gar keine Fülle ist, sondern daß die Kaufkraft fehlt. Darüber kann gar kein Zweifel sein: es ist stets mehr Kaufwille als Kaufkraft vorhanden!

Für die Wirtschaftspolitik ist daraus die äußerst wichtige Lehre zu ziehen: die Kaufkraft ist das Wichtigste in der Volkswirtschaft. Sind die Glieder eines Volkes kaufkräftig, dann steigt der Bedarf. Steigender Bedarf ist im allgemeinen ein Zeichen von steigendem Wohlstand. In diesem Sinne sind auch steigende Löhne und Gehälter fördernd für die Volkswirtschaft: Wer mehr einnimmt, der gibt, von Ausnahmen abgesehen, auch tatsächlich mehr aus. Die Mehrausgaben aber kommen den Erwerbsebenen wieder zugute.

Erfahrene Geschäftsleute wissen das, und sie sprechen das aus, aber im eignen Betrieb handeln viele nach andern Grundregeln. Sie denken, der andre, der Konkurrent, soll danach handeln, recht hohe Gehälter und Löhne bezahlen, auf daß ich davon Nutzen habe. Das ist privatwirtschaftliches Denken, und dieses privatwirtschaftliche Denken ist volkswirtschaftlich falsch. Der Volkswirt verlangt eine möglichst ausreichende Güterversorgung und sie ist nur möglich, wenn allgemein verdient wird, wenn alle möglichst viel verdienen. Wenn alle möglichst viel verdienen, dann ist die Nachfrage stets groß, dann wird abgelehnt, dann gibt es keine Ladenhüter. Bedingung ist nur, daß Brauchbares, Nützlichs, Verwertbares hergestellt wird. Mit solchen Augen gesehen, erscheinen die hohen Löhne und Gehaltsforderungen in andern Licht. Der innere Markt ist und soll die Grundlage sein. Der gelebte innere Markt ist wertvoller als der hin- und herschwankende äußere. Außenhandel treiben wir unserwegen, zu unsrer Ergänzung, um unsern Bedarf besser decken zu können. Des Eigenwohls willen treiben wir Außenhandel. Wie aber wirken hohe Löhne und Gehälter auf den Außenhandel?

In der Hauptsache arbeiten wir für das Inland. Es kommt nicht nur darauf an, was wir ausführen und zu welchen Preisen, sondern darauf, was wir einführen und zu welchen Preisen. Nicht auf die Mengen der Ausfuhr kommt es an, sondern auf die Werte. Bei der Einfuhr: was wir am dringendsten brauchen, was für uns am wertvollsten ist. Der Preis am Weltmarkt zeigt das nicht an. Der Weltpreismarkt ist im allgemeinen ein Wegweiser, und doch ist jedes am Weltmarkt beteiligte Land rücheln. Aber wir dürfen nicht so handeln, als ob wir ein reines Fäbdlervolk wären. Für uns können manche Waren wertvoller sein, als sie zum Weltmarktpreise zu haben sind, und umgekehrt: ein vermeintlicher billiger Weltmarktpreis darf uns nicht locken, wenn wir diese Dinge nicht unbedingt nötig haben. Der Weltmarkt ist voller Bewältigungen, voller Gefahren; er kann die Produktion in falsche Bahnen lenken, wenn man ihm auf Schritt und Tritt folgt. Er ist ein Segen für ein Volk, wenn die volkswirtschaftlich richtigen Grundzüge dabei beobachtet werden.

Niedrige Löhne ermöglichen Interbefragungen, sichern den Wettbewerb eine Zeitlang. Die Löhne sind für den Wettbewerb zwar sehr wichtig, aber doch nicht ganz entscheidend. Während der eine mit niedrigen Löhnen rechnet und auf sie baut, bleibt auch der andre, der höhere Löhne zahlt, nicht untätig. Er denkt darüber nach, auf welche Weise er die geringe Löhne Zahlenden verdrängen oder zurückdrängen könnte. Das ist durch technische, kaufmännische und schöpferische Tätigkeit möglich. Sobald der höhere Löhne Zahlende durch eine technische, kaufmännische oder schöpferische Tätigkeit einen Vorprung von Belang gewinnt, so kann er den Wettbewerb mit dem weniger Zahlenden aufnehmen. Bezeichnend dafür ist Amerika, das Land, in dem das Taylor-System entstand. Amerika hat hohe Löhne bei verhältnismäßig niedrigen Preisen für Lebensmittel. Seine hohen Löhne wirkten produktionsverbessernd: technisch und methodisch.

Nicht anders kann es bei uns sein. Jede Art der Entlohnung übt ihre Wirkung auf die Produktion aus. Geringe Löhne hemmen die Technik, höhere fördern sie. Geringe Löhne hindern eine geeignete Berufsauslese, höhere fördern sie. Sehen wir von Ausnahmen oder unnormalen Zeiten ab, so finden wir immer bestfälligt, daß der besser Bezahlte mehr und Wertvolleres leistet. Im allgemeinen: Niedrige Löhne wirken auf die Dauer ungünstig auf die Volkswirtschaft ein. Sie hindern die Entwicklung: Die Arbeitsmethoden bleiben zurück, der menschliche Aufschwung stockt, der Handel geht zurück.

Die gesamte Kaufkraft eines Volkes bestimmt die Höhe einer Volkswirtschaft. Die Güter werden letzten Endes nicht für die Lagerung hergestellt, sondern für den Verbrauch. Wenn die Kaufkraft fehlt, kann die Verbrauchskraft nicht befriedigt werden. Das Ziel einer gesunden Wirtschaftspolitik kann also nur die Hebung der Kaufkraft sein. Es nützt nicht viel, wenn einige Wenige kaufkräftig sind, alle müssen kaufkräftig sein. Wer kaufkräftig ist, der ist auch leistungsfähig.

Dieser durchaus einseitige Gedankengang wird nur allzu häufig durch einen falsch verstandenen Eigennutz verunkelt. Weil es sich für den einzelnen zu lohnen scheint, möglichst niedrige Löhne zu zahlen, streben die meisten da-

nach, die Löhne so niedrig zu halten, als es eben geht. Aber hierin steckt schon eine Fehlerquelle, denn es kommt nicht auf die Höhe der einzelnen Löhne an, sondern auf die Gesamtsumme. Wenn ein Betrieb mit 100 Arbeitern daselbe leistet wie ein andrer mit 150, so kann der mit 100 höhere Löhne zahlen als der mit 150, und dabei wird die Gesamtsumme (das Lohnkonto) des Betriebes mit 100 Arbeitern geringer sein. Kurz, nicht die Lohnhöhe der einzelnen gibt den Ausschlag, sondern die Gesamtleistung, der gesamte Reinertrag.

Sier haben wir ein bekanntes Beispiel für den Unterschied des privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Denkens. Der einzelne private Unternehmer rechnet sich aus, daß er so besser daran ist, er überlebt aber dabei, daß, wenn seine Konkurrenten: der zweite, der dritte, ja, wenn es alle so machen, seine Rechnung falsch ist. Das ist die vielfach übliche, aber falsche Auffassung vom Sparen. Wenn der oder jener spart, so mag er zu etwas kommen; wenn alle sparen, kommt keiner vorwärts. Überlegen wir uns doch einmal, was „Sparen“ heißt! Heißt Sparen etwa Geld anhäufen? Ist das Geldanhäufen allgemein nützlich? Ist ein Land reich, das viel Geld hat?

Wer etwas vom Geldwesen versteht, weiß, daß seine Bedeutung recht oft verkannt wird. Das Erdbebenswerte in einer Volkswirtschaft ist nicht, Geld anzuhäufen, sondern brauchbare Güter herzustellen, Güter für den menschlichen Bedarf genutzbar zu machen. Nützlich verstandenes Sparen ist, so viel nützliche und verwendungsfähige Güter für die Zukunft herzustellen, daß in der Ernährung, in der Kleidung, in der Unterkunft (Wohnungswesen), in den geistigen Bedürfnissen kein Mangel entsteht. Um den leblichen und geistigen Bedarf zu decken, brauchen wir Verkehrsmittel (Zugbahnen, Schiffe, Fuhrwerke), Rohstoffe, Werkzeuge, fähige und kundige Geistes- und Handarbeiter. Mit den Stoffen und den Menschen stellen wir unsern Bedarf her. Je mehr wir kundige und leistungsfähige Menschen und die für uns nötigen Stoffe, Werkzeuge, Verkehrsmittel haben, desto reicher sind wir. So ist es auch durchaus denkbar, daß ein Volk wohlhabend oder reich ist, ohne daß es einen Pfennig Geld hat, und daß ein Volk arm ist, obwohl es viel Geld hat. Rußland, Deutschland, das ehemalige Österreich-Ungarn hatten vor dem ungeheuer viel Geld, und doch sind diese Länder jetzt arm. Reich sind Länder, die Rohstoffe, Werkzeuge, genutzbare Güter und genügend Verkehrswege und Verkehrsmittel besitzen, mit denen die Volksangehörigen ausreichend versorgt werden können.

Eine ausreichende Güterversorgung ist nur möglich, wenn genügend fähige Arbeitskräfte (geistige und körperliche) ans Werk gehen, wenn sie möglichst viel Güter für den menschlichen Bedarf genutzbar machen. Die genutzten Güter aber müssen — wenn sie ihre größte Wirkung ausüben sollen — in dem Augenblicke verzehrt oder aufgebraucht werden, wo sie am ausgiebigsten sind; in dem Augenblicke, wo sie die größte Wirkung ausüben. Es hat keinen Sinn, Lebensmittel und Stoffe über eine gewisse Zeit hinaus zu lagern, denn dadurch verlieren sie an Wert, sie verderben. Ein Haus, das nicht bewohnt wird, zerfällt mit der Zeit ebenso wie ein bewohntes. Hier zeigt sich die Grenze der Gütererzeugung. Was über einen gewissen Bedarf hinaus hergestellt wird, bleibt liegen oder wird sinn- und nutzlos vergeudet. Es bleibt um so mehr wertlos oder ungenutzt liegen, je geringer die Kaufkraft breiter Volksschichten ist. Aus diesem Grunde ist auch die Behauptung, daß hohe Löhne die Produktion verteuerten, als alter Ladenhüter zu bewerten. Denn die Lohnhöhe begründet die Kaufkraft der Konsumenten. Ist diese durch zu niedrige Löhne geschwächt, so häufen sich die Ladenhüter in den Warenlagern und hindern letzten Endes die Höherentwicklung der Produktion weit mehr als höhere Löhne. F. A. B.

### Die Preispolitik der gewerblichen Verbände

Wir müssen ausnahmsweise einmal Richard Calmer für uns reklamieren. Ihn ist das sprunghafte Ansteigen der Preise denn doch bedenklich geworden, obwohl er der stärkste Befürworter des freien Wirtschaftslebens ist. Allerdings steht er dieses durch die wirtschaftlichen Verbände der Unternehmer schon beengt. Immerhin ist das, was er in Verbindung mit Zuschüssen von Firmen zu diesem Thema zu sagen hat, recht bemerkenswert, wenn die Preispolitik auch selbst jetzt nicht allenthalten geübt werden kann und nicht überall die gleiche Methode möglich ist. Wir lassen ohne Kommentar Calmers „Konjunktur“ vom 22. Januar in einigen Ansichtsproben sprechen: „Wettbewerb ist zur Zeit von keiner Seite zu finden, also muß der Verbraucher die geforderten Preise bewilligen. Von einer Firma, die die Politik der Preisfestsetzung in den Verbänden genau kennt, werden wir darauf hingewiesen, daß die Wirkung der fortgesetzten Preissteigerungen schließlich damit enden müsse, daß der Verbrauch gewaltig zurückgeht. So wie die Preisfestsetzung jetzt gehandhabt wird, bereitet sie aber auch die Sprengung der Verbände selbst vor. Die Preisauflage werden gegenwärtig durch Anfragen bei den verschiedenen Firmen erörtert, und im günstigsten Falle das rechnerische Mittel der eingegangenen Antworten als Grundlage angenommen. Man unterzieht sich nicht der Mühe, bei jeder notwendig werdenden Preis-erhöhung auch gründlich nachzuforschen, wie weit man zu gehen hat, sondern die Sache wird einfach vom grünen Tisch aus erledigt. So kann es vorkommen, daß Preisauflage diktiert werden, die oft den doppelten Satz vom dem betragen, der für viele Betriebe reichlich auskömmlich wäre. Die Verbände nehmen auf die leistungsschwächeren und besonders teuer arbeitenden Mitglieder weitgehendste Rücksicht und kommen so zu den allerhöch-

fen Zuschlägen. Die Folge einer solchen Preispolitik ist, daß die betreffenden Waren unnötig verteuert der Kundschaff angeboten werden.“

### Preiswirtschaft und Preiskontrolle

Es geht nicht an mehr, die die stärkeren Bedürfnisse befriedigenden Gewerbe und Industrien eine ungehinderte Preiswirtschaft freiben zu lassen, und den andern absehtzuchtend zu lassen, wie ihr euch zu helfen und gegenseitig fertig zu werden vermögen. Und wenn die Regierung, die häufig über das Maß einschüchtern Verlebens mit der sehr schwierigen Lage hinaus hilflos und noch häufiger von ganz unverständlicher Langsamkeit im Zugreifen und Einschreiten ist — es sei aus jüngster Zeit an den wochenlang ausgehenden Wucher mit zurückgehaltenen Silber- und Goldmünzen usw. erinnert —, nur mit heißen Mitteln oder weniger noch kommt, dann sollen die Gewerkschaften peremptorisch erklären: Es führen zwar verschiedene Wege nach Rom und je mehr begangen werden, desto besser. Einer der wichtigsten ist die Preiskontrolle, methodisch angewandt durch die Arbeitsgemeinschaften und geknüpft in ihrer Verabnahme und Durchführung durch die Machtmittel des Staates, nützlich unter Aufsicht des „Nostizismus“. Nicht zuwarten, bis zum Reichswirtschaftsrat hinauf einmal alles läuberlich gestädert ist und schlecht und recht funktioniert, sondern zugegriffen mit dem, was schon besteht oder doch in kürzerer Zeit zweckentsprechend ausgearbeitet werden könnte.

Es geht nicht mehr länger, daß der Staat auf dem Preisgebiet entweder die Dinge faktisch freiben läßt oder die Regierung meist allein für eine Reihe von wichtigen Erzeugnissen mit den Unternehmerverbänden die Preise festsetzt, deren Niederschlag sich dann in mehr oder weniger hohen, oft auch unerträglich hohen Blößen zeigt. Was darüber der vielschichtige „Vorwärts“ systematisch gepflegt veröffentlicht, muß böses Blut erregen. Die Abschlässe der Papierfabriken tun das in besonderer, zumal die wahnwitzigen Papierpreise die Arbeitsgelegenheit der Buchdrucker jetzt in gefährlicher Weise einengen.

Es geht auch nicht weiter mit der Methode, aus den Konjunkturgewinnen — lies: wucherlichen Freiben — der Lederindustrie usw. verhältnismäßig Bagatellobträge für Beschaffungsmöglichkeiten Minderbemittelter zu verwenden. Auch die verteuerte Praxis der Kommunen und anderer Behörden bei den Lebensmitteln muß durchkreuzt werden. Was hat der Viehhändlerverband alles Sündigen dürfen! Wenn die Regierung die Steuerermache und die Steuerkränze sowie die Tarifherabsetzungen (Eisenbahn, Post) ergreifen betreiben muß, dann hat sie auch die Pflicht, die Abwicklungsmethoden der Unternehmerverbände aufs Korn zu nehmen!

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Schandvertrags von Versailles können für die breite Volksmasse doch noch eine Milderung erfahren, wenn die Preispolitik in allen Industrien und Gewerben unter Aufsicht gestellt wird. Die sogenannten fertigmachenden Industrien leiden am meisten darunter und ihre Arbeiter und Angestellten wieder in ganz besonderem Maße.

Es wäre also auch vom Selbsterhaltungstrieb diktierte Pflicht, wenn das Unternehmertum mit Hand anlegen und sich ohne Umstände zur Preiskontrolle durch die Arbeiterchaft, wozu die Gewerkschaften am berufensten wären, verstehen würde. In unserm Gewerbe, das mit seinen Preisen trotz aller Steigerungen sich noch in den Abständen wie vor Gehilfen von den Löhnen so mancher anderer Arbeiterkategorien bewegt, wäre die nun in Wirklichkeit bestehende, dem Tarifamt unterstellte Fachkommission eine geeignete Stelle. Dem Tarifamt könnte das Entscheidungsrecht unbenommen bleiben. Es müßte allerdings überall die Gehelmtsteuer abgaben werden, vielmehr würde für luntliche Aufklärung zu sorgen sein durch neutrale Veröffentlichungen in den Organen der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände sowie in der Tagespresse. Mit der durch die Zentralarbeitsgemeinschaft in Angriff genommenen Lohnfaktistik ist es allein nicht getan, sie muß Ergänzung finden in einer gewerblichen Ertragsfaktistik. Wenn die Arbeitsgemeinschaften sich dafür ins Zeug legen, dann werden sie bald ganz anders gewertet werden in der Arbeiterchaft. Gerade, weil wir nicht in die Sozialisierung mit beiden Beinen zugleich hineinspringen können, müssen andre Wege beschritten werden. Das neue Deutschland soll immer weniger kapitalistischer Staat werden.

Wenn das Unternehmertum nicht ein schlechtes Gewissen hat, dann kann es ihm nur recht sein, den Arbeitern durch ihre Vertretungen Einblick zu geben in die Ertragsgefaltung der Arbeit; das könnte eventuell auch manchmal ernüchternd wirken bei Geltendmachung von Forderungen. Jedenfalls geht es so nicht weiter. Die Sozialwirtschaft in etlichen öffentlichen Versorgungsgesellschaften — mit den Fischen hat man ja leshin nette Sachen erfahren — zwingt auch entschieden zur Abkehr aus den zerfahrenen Gleisen. Straußt sich aber das Unternehmertum, dann ist verlebtenes faul im Staate Dänemark. Dann haben wir nicht nur das Eingeständnis mangelnden Gemeinfinns, sondern dann ist es noch klarer, daß die schlimme Volksnot zur Bereicherung der ganz Reichen ausgebeutet wird. Bei den Hauptfaktoren Kohlenbau und Landwirtschaft ist das am wenigsten Geheimnis.

Eine Volksregierung aber darf da nicht tatenlos zusehen oder nur schwächlichen Widerstand zeigen. Sie muß das Gemeinwohl als Richtschnur durchsehen. Dann ist immer noch gut zu helfen und das schlimmste Elend abzuwenden.

### Die Kohlenpreisfrage

Nachdem in der vorigen Nummer unter „Ernährungs-wirtschaft“ gezeigt worden ist, welche enorme Verteuerung der Landwirtschaft zugefallen worden ist, deren Auswirkungen noch ganz unübersehbar sind, soll zur Bekräftigung des hier im zweiten und dritten Artikel Gesagten in ein paar Strichen dargelegt werden, wie der Kohlenbergbau drauf und dran ist bzw. war, einen großen Bezug auf die Taschen der Verbraucher zu unternehmen mit einer neuen Gelfe von Anspruchsrecht. Es ist ja schon so weit gekommen, daß im Monat ein oder zweimal eine Erhöhung der Brennstoffpreise eintritt oder doch versucht wird. Da 40 Proz. der deutschen Industriebetriebe durch die Kohlennot bereits stillstagen, hat die Kohlenpreisfrage noch höhere Bedeutung.

Zum 1. Januar wurde von den Bergwerksbesitzern zur Erhaltung der jetzigen Förderung und Webererlangung der Friedensleistung eine Preissteigerung von 11 Mk. pro Tonne verlangt, und bis Mitte Januar wurde daraus eine Forderung von 18 Mk. unter Hinweis auf das „Reparaturbedürfnis der Hoheröfen und Bricketfabriken“.

Diese Forderung, die bei 100 Millionen Tonnen deutscher Jahresförderung 1,80 Milliarden Mark zu Lasten der Verbraucher ausmachen würde und die Art ihrer Begründung geben dem Reichswirtschaftsministerium Veranlassung zu einer grundsätzlichen Stellungnahme in der Kohlenpreisfrage. In einer Sitzung des Reichskohlenrats erklärte Unterstaatssekretär Sirch gegenüber diesem Verlangen: Der Verbraucher solle jetzt damit im Kohlenpreis etwa in einem Jahre die ganze notwendige Kapitalinvestierung für den Ausbau und Ausbau der Zechen zahlen. Dadurch erhöhe sich der Wert der Kapitalanlagen bzw. der Bergwerksanteile; und bei einem Wechsel dieser Anteile werde den Verbrauchern in Gestalt erhöhter Kohlenpreise die Amortisation und Verbindung der jetzigen neuen Kapitalinvestierung noch einmal zur Last fallen. Hier würde also eine Kapitalerhöhung, zu zahlen aus der Tasche der Verbraucher, gefordert. „Wollen Sie von dem Verbraucher das notwendige Kapital“, so etwa sagte der Redner, „so geben Sie dem Verbraucher genau wie jedem andern, der Ihre Unternehmen finanziert, in irgendeiner Form einem dem Werte des zugehörigen Geldes entsprechenden Anteil an dem Unternehmen bzw. an seiner Kontrollierung.“

Die Bergwerksbesitzer beantragten darauf Verlagerung der Angelegenheit. Es ist dringend notwendig, daß sich die Öffentlichkeit sehr eingehend mit dieser wie gelegentlich grundsätzlichen Angelegenheit beschäftigt. Was dem Bergbau recht ist, das ist schließlich der ganzen andern Industrie billig. Die letztere befindet sich bezüglich der Abwicklung der Werksanlagen mit dem Bergbau in gleicher Verdamnis und bedarf die zur Weberstellung der Leistungsfähigkeit notwendigen Aufwendungen jetzt durch Kapitalerhöhung. Wüßte, daß der Standpunkt der Bergwerksbesitzer durchgehend wahr wäre mit Berechtigung auch die ganze übrige Industrie in der vom Bergbau vorgezeichneten Art ihren Kapitalbedarf aus der Tasche des Verbrauchers zu decken suchen und das ist nicht nur eine Utopie, sondern auch eine Unverschämtheit.

### Anpassung an den Weltmarktpreis — eine neue Preisrevolution

Leider können wir erst zu einem etwas späteren Zeitpunkt den bedeutungsvollen Vorgängen dieser Art eingehendere Aufmerksamkeit zuwenden. Was hier alles zusammenwirkt, ist nicht so einfach zu schildern. Der größte Preisstreiter ist der Krieg gewesen. Die Aufhäufung der Ausländer in Deutschland, die große Warenknappheit, das ununterbrochene Steigen des Geldumlaufs, die Erhöhung der Produktionskosten durch Lohn- und Gehaltssteigerungen, nicht zuletzt auch der Profitrate, sind weitere bestimmende Hauptmomente. Doch muß der sehr wesentliche Umstand, daß die Kapitalgewaltigen, voran der äußerst unternehmende Sinnes, systematisch auf den Weltmarktpreis zutreiben, anfangt sich für das volkswirtschaftlich erträglichere System eines Inlands- und eines Auslandpreises einzuleben, viel mehr als gemeinschaftlich in Betracht gezogen werden. Die starke Kauffe in Industrierpapieren während der letzten Wochen hat gezeigt, wie weit dieser Prozeß schon gediehen ist; in der Montanindustrie, wo die Sinnes, Hoffsen, Fugenberg usw. die Herrscher sind, ist er am weitesten vor sich gegangen. Die „Wolfsche Zeitung“ sagte kürzlich warnend:

„Daß diese Entwicklung, welche sich automatisch auf alle andern Gebiete unres Wirtschaftslebens übertragen muß, zu den allerersten Folgen führen kann, wird für einen denkenden Beurteiler nicht zweifelhaft sein. In raschem Tempo kämen wir so einer Krise näher.“

Die Valutakommission sprach in einer unlängst veröffentlichten Erklärung deshalb auch von der „äußerst gefährlichen Angleichung der Inlands- an die Auslandpreise“ und trat für die Abführung eines Teiles der durch den Warenexport sich ergebenden Valutagewinne an das Reich ein, weil dieses durch die in die Milliarden gehenden Zuschüsse zur Verbilligung der Lebenshaltung — wovon man nur nichts merkt — mittelbar einen erheblichen Teil der Produktionskosten trägt. Das ist auch eine späte Einsicht, die sich zudem sehr zaghaft äußert. Gerade aus dem angeführten Grunde müßten die Valutagewinne ganz an das Reich fallen! Warum den Unternehmergruppen, die sich auf den so gewinnbringenden Außenhandel werfen, nicht erklären: So wenig, wie der Exportwaren verarbeitende Arbeiter nicht deshalb mehr Lohn erhält, ebensowenig habt ihr daran mehr zu verdienen!

Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hat am 12. Februar in einem Vortrage, den er in Bremen hielt, ebenfalls auf die Gefährlichkeit der ganzen Erbeiten dieser Art hingewiesen: Wenn Insubtrie und Handel sich diese notwendige Folgerung aus ihren Preisforderungen immer klarmachen würden, werden auch die übertriebenen Preisberechnungen aufhören. Dann wird auch das Schlagwort „Anpassung an die Weltmarktpreise“ verschwinden. Diese Anpassung würde bedeuten, daß die deutsche Markt im Inland ebensowenig wert wird, wie sie es bereits im Ausland ist. Wenn heute eine fünfköpfige Familie für die rationierten Lebensmittel, die wir im Anfang des Jahres verließen, etwa 64 Mk. die Woche zahlte, so müßte sie bei Anpassung an die Weltmarktpreise das Fünffache, mindestens 320 Mk., dafür zahlen. Die Folge wäre, daß sich aufs neue Preise und Löhne gegenseitig hinaufsetzten.

Die Regierung hat es am ehesten in der Hand, auch gegen Preisrevolutionen vorzugehen; sie tut es doch, wenn die Linksradikalen eine zweite oder dritte Revolution machen wollen.

### Gleitende Lohnskala — ein Ausweg für die Arbeiterchaft?

Robert Schmidt hat auch in Bremen erklärt, wir müßten zu gleitenden Lohnskalen kommen, sonst böre die berechtigste Insubrieidenheit der Arbeiter nicht auf. In Nr. 17 ist der Kollege Lehmann (Reipzig) auch dafür eingetreten. Der „Vorwärts“-Redakteur Erwit Warh hat vor etlichen Wochen in einem Artikel über „Gleitende Löhne“ erklärt:

„Wenn wir uns in Zukunft vor Erschütterungen bewahren wollen, so müssen wir das Verhältnis zwischen Lohn und Preis in ein System bringen, das mit gewisser automatischer Wirkung Löhne und Preise in gleicher relativer Höhe hält.“

Wir selbst haben vor zwei Jahren einen im ungarischen Buchdruckgewerbe gemachten Versuch mit der gleitenden Lohnskala der Beachtung empfohlen; Bewährung schien zu Anfang in Ungarn vorzuliegen. Nach der letzten Tarifauschüttung haben wir der Einlegung einer sogenannten Indexkommission das Wort geredet. Bedenkenlos Neben wir dieser Sache ja nicht gegenüber, aber so, mit Markten und Gehältern wie bei uns, geht es eben nicht mehr weiter. Auf behördlichem Wege müßte eine Methode zu finden sein, die mit diesen Schwierigkeiten besser fertig werden könnte.

Die österreichische Nationalversammlung hat schon die ersten praktischen Schritte getan, um die gleitende Skala der Löhne und Gehälter einzuführen. Sie hat am 18. Dezember ein Gesetz angenommen, das für sämtliche staatliche Angestellte und Beamte diese neue Einstufungsmethode einführt. Es werden dort am Ende jeden Monats die Preise für die geleglich rationierten Lebensmittel festgestellt und berechnet, um wieweil mehr der Betrag für diese Rationen gestiegen ist seit dem 31. Oktober. Dieser Mehrbetrag, erhöht um einen Zuschlag nach den drei Befoldungsklassen mit 75, 60 und 45 Proz., bildet die gleitende Skala.

Neben der Preiskontrolle könnte man an dieses Experiment auch bei uns herangehen.

### Die Lebensmittelpreise im Jahre 1918

Soeben trifft Calwers Monatsbericht für den Dezember ein, so daß noch gleich ein bis zu 1914 zurückgehender Überblick gegeben werden kann. Eine aus vier Köpfen bestehende Familie mußte demnach für nur 16 Lebensmittel wöchentlich aufwenden in den Monaten:

	1914	1915	1916	1917	1918	1918
Januar . . .	25,57	29,65	41,26	53,67	56,50	63,65 Mk.
Februar . . .	25,29	31,49	43,40	54,15	56,47	64,93
März . . .	25,08	32,90	48,47	54,69	57,00	67,30
April . . .	24,96	34,41	51,78	54,81	57,13	69,65
Mai . . .	24,70	36,49	52,29	54,58	57,30	73,70
Juni . . .	24,73	37,36	52,61	54,34	57,60	78,65
Juli . . .	25,12	38,16	53,47	55,26	58,11	82,21
August . . .	26,41	39,13	53,53	54,67	59,43	85,45
September . . .	26,14	39,93	53,55	57,37	60,84	95,67
Oktober . . .	27,09	41,90	53,50	54,79	61,80	100,63
November . . .	27,86	38,86	52,92	55,49	62,49	108,83
Dezember . . .	28,72	39,33	53,21	54,49	62,96	114,65

Am Jahreschlusse, d. h. jeweilig im letzten Monate, betrug der Nahrungsmittelkostenpunkt:

	1914	1915	1916	1917	1918	1918
pro Familie	28,72	39,33	53,21	55,49	62,96	114,65 Mk.
pro Kopf	7,18	9,83	13,30	13,87	15,74	28,66
Steigerung seit 1914	—	36,94	85,27	93,21	119,19	299,10 Proz.

Nun denke man, daß für 16 Lebensmittel die Steigerung rund 300 Proz. ausmacht, bedenke, daß für die Arbeiterchaft im allgemeinen 50 Proz. des Einkommens für die Nahrung draufgehen, und dann male man sich aus, was der ganze Lebensunterhalt eigentlich erfordert und in welchem Abstände sich dieser Betrag vom Lohne hält. Dann fällt das Geschrei von den hohen Löhnen platt zu Boden.

Calwer sagt ganz richtig, das Jahr 1919 habe eine „ganz unerhörte Steigerung“ gebracht, und im Jahre 1920 „sind noch noch größere Sprünge zu erwarten“. Was werden unsere Prinzipale dazu sagen, und was haben sie wohl bei dem Lesen des Beyerlingers Artikels in Nr. 21 gedacht, der doch hauptsächlich mit authentischen Urteilen arbeitet?

„Jungbuchdrucker.“ Das Werbeheft der neuen Zeitschrift für Lehrlinge im deutschen Buchdruckergewerbe...

„Jungbuchdrucker.“ Das Werbeheft der neuen Zeitschrift für Lehrlinge im deutschen Buchdruckergewerbe, herausgegeben vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker...

gebundene Jahrgänge des „Korr.“ betreffend. Den jehrling kundigen Besiegeln gebundener Jahrgänge mit halbbarem Papier für Verwaltungs- oder Bibliothekszwecke...

Nachahmenseite Beispieler. Der Inhaber der „Offenbacher Zeitung“ in Offenbach a. M., Herr W. Dohann, gewährt seinem technischen Personal einen Krankengeldzuschuß...

Steuererhebungsbewegung der Schriftsetzer. Wie wir durch Zufall erfahren, streben auch unsere Sieberrkollegen eine Erhöhung ihrer Steuererhebungen an.

neue Reichsstatut über Abänderung derselben zum 1. April und 1. Oktober vor, wenn sechs Wochen vorher entsprechender Antrag gestellt wird.

Berichtigung zur Notiz „Eine noble Firma“. Herr G. Schnürdreher, in Firma W. & S. Döwenthal in Berlin, sendet uns zu der betreffenden Notiz in Nr. 19 folgende Richtfertigung: „1. Es ist unwahr, daß den Lehrlingen „ganze 2 und 1 Mk. an Weihnachtsgeld gesteckt wurden“...

Schwer verunglückt. Am 17. Februar, nachmittags, als er sich zu seiner Arbeitsstätte begeben wollte, verunglückte nahe seiner Wohnung der Kollege Wilhelm Strahau in Königsberg...

Steuerverbote im abgetrennten Gebiete. Die polnischen Militärbehörden haben den Betrieb der „Thorner Zeitung“ geschlossen, weil das Blatt das polnische Militär beleidigt haben soll.

Konferenz von Staatsdruckerbeamten. Im Stuttgart tagte vor kurzem eine „Länderkonferenz sämtlicher Staatsdruckerbeamten und -Buchbinder Deutschlands“...

Vorschläge des Reichsanwärtens nicht einer gründlichen Reifung unterzogen würden, so werde dadurch ein Erlahmen der Arbeitsfreudigkeit herbeigeführt werden.

Erhöhte Kohlenproduktion durch Ubersichten. Von einer erfreulichen Aussicht in die volkswirtschaftliche Notwendigkeit einer erhöhten Kohlenproduktion zeugt die Bereitwilligkeit der Bergarbeiter im Ruhrrevier...

Tariffamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, Briefadresse: i. d. B. des Gewerkschaftsleiters Herrn Paul Schliebs

Schwebfälliger Nachtrag zum Verzeichnis der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

- (Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgeholt. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.) I. Kreis. Bremen: Barkhäuser & Böhm; Brinkmann, Christmann, Buchdruckerei „Merkur“ (H. Gerdes); Bölling, Heine; Glajow, Kari; Hallen, V. W.; Hinckelmann, W. H.; Norddeutsche Reklamadruckerei Hermann Altinger & Co.; Organisationsgesellschaft Brauns m. b. H. (Willi und Rudolf Brauns); Gsch, Daniel; Seemann, Gehr.; Sturm, Hermann; Brodm, J. S. (Georg von Harten); Wendt & Hellmann. — Detmold: Meyerische Holzbuchhandlung (Max Gerde).

Bekanntmachungen Arbeitssachweise betreffend In die Kommission für die Arbeitssachweise wurden gewählt: Halle a. d. S. Gehlswahl: Otto Jung, Max Gabriel, Richard Pöhl, Rührgau, Gehlswahl: Adolf Wiesel, Otto Mahwig, Karl Fischer, Würzburg, Prinzipalwahl: Anton Boegler, Direktor Rudolf Leonhard, Betriebsleiter Fritz Wöden, Gehlswahl: Georg Engel, Hermann Schürweg, Friedrich Böhl. Schleswig-Holstein betreffend Berlin, Prinzipalwahl: Ernst Reiffen, i. G. Amberg & Reiffen, G. m. b. H.; F. Schellinger; Paul Klockow, i. G. Hermann Klockow. Stuttgart, Prinzipalvorsitzender: Direktor Eugen Deppe, i. G. „Württembergische Zeitung“. Berlin, 3. Februar 1920. J. U.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.